

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **6. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2025/2026
vom 7. Juli 2025

von 16.15 – 18.30 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: Ph. Weber (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: F. Kramer (EVP), J. Ehrbar (SVP), D. Zwahlen (FDP), S. Gfeller (SP),
S. Gonçalves (EDU), R. Keller (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2	25.72	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3	25.73	Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission Richt- plan anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4	25.43 (DFI)	Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2024	Ch. Hartmann
5	25.64	Tätigkeitsbericht 2024/25 der Finanzkontrolle	I. Kuster
6	25.55	Tätigkeitsbericht 2024 der Datenschutzstelle	R. Keller
7	25.56	Jahresbericht 2024 der Ombudsstelle	R. Keller
8	25.50 (DSO)	Geschäftsbericht 2024 der Sozialhilfebehörde	B. Oeschger
9	25.36 (DFI)	Verpflichtungskredit von Fr. 3'160'000 für die Neuer- schliessung und Strassenverlegung (Projekt-Nr. 5018220), Erholungsgebiet Rosenberg, Pfadiheimweg, Winterthur	M. Nater

10	25.37 (DFI)	Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 6'900'000 für den Neubau des Campingplatzes (Projekt-Nr. 5002460), «Campingplatz am Schützenweiher», Erholungsgebiet Rosenberg, Eichliwaldstr. 4, Winterthur	M. Nater
11	25.38 (DTB)	«Stadtrandpark Schützenweiher», Verpflichtungskredit von Fr. 2'331'345 zur Weiheranierung und Umgestaltung Uferpark (Projekt-Nr. 5015830_13324)	Ph. Angele
12	25.62 (DPR)	Wahlbüro: Anpassung der Gemeindeordnung und der Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen	F. Kramer-Schwob
13	25.31 (DPR)	Änderung des Personalstatuts der Stadt Winterthur (PST) vom 12. April 1999 betreffend Umsetzung der Motion «Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter» und Anpassung Adoptionsurlaub	S. Kocher
14*	25.60	Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)	I. Kuster
15*	25.69 (DBM)	Begründung des Postulats M. Gnesa (SP), S. Gfeller (SP) und R. Hugentobler (Grüne/AL) betr. Schaffung einer Wohnzone für alternative Wohnformen	
16*	24.5 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Oeschger (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Würzer (EVP) und U. Hofer (FDP) betr. Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt	
17*	24.91 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Angele (SVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Tempo 30 im Breite-Vogelsang-Quartier	
18*	24.6 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), A. Würzer (EVP), K. Frei-Glowatz (Grüne) und G. Stritt (SP) betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung	
19	24.52 (DTB)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Weber (SP), R. Diener (Grüne/AL) und R. Perroulaz (FDP) betr. zukunftsfähiges Konzept Öffentlicher Verkehr (ÖV)	
20	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs (<i>die Behandlung findet an der Sitzung vom 7. Juli 2025 statt</i>)	
21	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen	
22	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur	

*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse Euch zur 6. Sitzung des Amtsjahres. Wir haben heute nur eine Einfachsitzung, das habt Ihr alle mitbekommen.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich komme zu den Entschuldigungen: Abgemeldet haben sich Jan Ehrbar (SVP), Franziska Kramer-Schwob (EVP), Selim Gfeller (SP), Simon Gonçalves (Die Mitte/EDU), Daniel Zwahlen (FDP) und Regula Keller (SP).

Stadtpräsident Mike Künzle hat Christa gerade geschrieben, er komme etwas später.

Wir kommen zuerst zu einer Begrüssung: Wir begrüssen nämlich Cristina Brunel (SP), als Nachfolgerin von Benedikt Zäch. Cristina Brunel war bereits von 2018 – 2022 Mitglied des damals noch Grossen Gemeinderats und kennt deshalb den Betrieb wunderbar. Seit dem 2. Juli ist sie wieder als gewählt erklärt. Wir wünschen Dir viel Erfolg und Freude und heissen Dich herzlich willkommen.

Wie schon gesagt, ist Cristina da, weil Benedikt Zäch zurücktreten musste. Wir müssen ihn jetzt leider in absentia verabschieden. Wir machen das natürlich trotzdem wie immer.

Benedikt Zäch war Mitglied des Stadtparlaments vom 3. November 2015 – 1. Juli 2025.
Parlamentarische Ämter:

30. November 2015 – 7. Mai 2017: Mitglied der damals noch existierenden Bürgerrechtskommission

8. Mai 2017 – 15. Mai 2022: Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe

16. Mai 2022 – 1. Juli 2025: Vizepräsident der Sachkommission Stadtbau

26. August 2024 – 1. Juli 2025: Mitglied der Spezialkommission Richtplan

Benedikt ist ein leidenschaftlicher Verkehrs- und Infrastrukturpolitiker und er war innerhalb der SP-Fraktion das städtebauliche Lexikon. Im Rat und auch ausserhalb ist er durch seine klaren und oft auch kämpferischen Voten aufgefallen. Er hat sich in diesem Rat einige Wortgefechte mit der Gegenseite geliefert, die uns sicher allen in Erinnerung bleiben werden. Jetzt musste er aus gesundheitlichen Gründen unerwartet per sofort zurücktreten. Wir wünschen ihm auf diesem Weg alles Gute und viel Kraft, dass er auch dieses Gefecht für sich entscheiden kann. Wir bedanken uns herzlich für seinen Einsatz und wir hoffen, dass er uns trotzdem weiterhin über Social Media ins Gewissen reden wird. Herzlichen Dank, Benedikt. (Applaus)

Er hat sich zum Abschied dieses Bild ausgesucht, das Ihr eingebendet seht, und wir hoffen, dass wir ihm dieses bald persönlich noch übergeben dürfen.

Michi Gross hat sich angemeldet, er möchte gerne auch noch etwas sagen zum Abschied von Benedikt.

M. Gross (SVP): Es ist nicht üblich, dass Stadtparlamentarier neben der offiziellen Würdigung zusätzlich aus dem Parlament verdankt werden. Insbesondere nicht von jemandem aus der gegenüberliegenden Fraktion des Parlaments. Ich möchte aber trotzdem ein paar Worte zu Benedikt sagen, denn wir haben fast gleichzeitig begonnen. Er war ein paar Wochen oder Monate vor mir und wir sassen uns fast jeden Montag gegenüber und diskutierten.

Benedikt wäre sicher gerne bis mindestens zur nächsten Wahl im Parlament geblieben. Leider lässt das seine Gesundheit nicht zu. Sich jeden Montagabend in der Baukommission gegenüberzusetzen, das hiess auch, wir waren fast nie gleicher Meinung. Benedikt – und auch Reto – hatten mit mir oder mit uns aber immer wieder spannende Diskussionen, insbesondere in der Kommission. Trotz anfänglichem Dissens haben wir in wichtigen Geschäften oftmals zu einem gemeinsamen, sachlichen Kompromiss gefunden. Zum Beispiel beim Parkplatzkompromiss vor vielen Jahren. Das ist für mich gelebte Demokratie.

Benedikt hat sich immer sehr gut vorbereitet. In der Kommission war er stets offen für alle sachlichen Argumente und konnte diese auch mit starken Worten und dem notwendigen Humor vertreten. Ob Pro oder Contra – Benedikt hat stets versucht, inhaltlich und sachlich zu argumentieren und nicht ideologisch.

Wir wünschen Benedikt im Namen der Fraktion und wahrscheinlich im Namen des ganzen Parlaments eine schnelle und vollständige Genesung von seiner Krankheit und alles Gute auf dem weiteren Weg.

Benedikt, Du hast es vorhin gesagt, kann leider bei seinem Abschied aus dem Parlament nicht hier sein. Ich bitte deshalb die SP-Fraktion, ihm diese Worte zu überbringen. Auch wenn ich fast sicher bin, dass er dieses Protokoll liest. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michi.

Wir kommen noch zu einem Nachruf. Am 23. Juni 2025 ist Sibylle Kindlimann verstorben. Sibylle Kindlimann war in verschiedener Hinsicht eine Vorreiterin. Als 1974 das erste Mal Frauen zur Wahl in den Gemeinderat zugelassen wurden, war sie für die FDP als eine der ersten zwei Frauen Mitglied des Gemeinderats. Doch nicht nur darin war sie die Erste: 1986 wurde sie die erste Rektorin einer Kantonsschule im Kanton Zürich, nämlich von der Kantonschule Rychenberg in Winterthur. Und ein Jahr später hat sie gleich nochmals Winterthurer Geschichte geschrieben, als sie im Amtsjahr 1987/88 die erste Gemeinderatspräsidentin von Winterthur wurde. Bis im Jahr 1994 war sie danach noch Mitglied des Grossen Gemeinderats. Aber auch nach dem Ende ihres parlamentarischen Engagements hat sie in dieser Stadt noch einiges bewegt. So hat sie als Präsidentin des Judd-Projects die ikonischen Brunnen in der Steinberggasse möglich gemacht und hat sich für die Umwandlung der Villa Flora in ein öffentliches Museum und als Präsidentin des heutigen Benevol für die Freiwilligenarbeit in Winterthur eingesetzt. Wir nehmen Abschied von einem beeindruckenden Menschen und sprechen ihren Angehörigen, ihren Freund:innen und der FDP unser tief empfundenes Beileid aus.

Wie immer sind Film- und Fotoaufnahmen erlaubt, gestützt auf verschiedene Anfragen.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen zur Traktandenliste. Ihr habt sicher alle gesehen, dass eine Dringliche Interpellation eingereicht wurde, von Katja Hager. Diese wird als erstes Traktandum behandelt. Nachher ohne Diskussion vorgesehen ist das zweite Traktandum, die neue Verordnung der Aufsichtsstellen. Sonst wird die Traktandenliste wie kommuniziert behandelt, ausser es gäbe jetzt noch einen Einwand dazu. – Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

Dringliche Interpellation

Parlamentspräsident Ph. Weber: Dringliche Interpellation betreffend Abschöpfung der Grundstücksgewinnsteuer durch den Kanton. Katja Hager wird jetzt die Dringlichkeit begründen, über die wir danach abstimmen. Je nachdem, wie das Ergebnis ausfällt, werde ich dann sagen, wie die weiteren Schritte sind. Ich bitte Katja Hager, die Dringlichkeit zu begründen.

K. Hager (SP): Die Zeit drängt, wenn wir nicht ohne Plan und mit 15 Millionen weniger im Budget dastehen wollen - jedes Jahr. Gerne möchte ich kurz ausführen, wieso wir die Interpellation «Abschöpfung der Grundstücksgewinnsteuer durch den Kanton» als dringlich erachten.

Der Kanton hat beschlossen, dass die Gemeinden zukünftig einen Viertel von ihren Einnahmen dem Kanton abgeben sollen. Der Stadtrat hat sich in der Vernehmlassung bereits ablehnend zu dieser Änderung geäussert. Die Vernehmlassungsfrist ist am 18. Juni abgelaufen und der politische Prozess schreitet voran. Jetzt stehen wir als Parlament unter Zeitdruck. Für Winterthur bedeutet die geplante Änderung zur Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton, jährlich etwa 15 Millionen Franken weniger in der Stadtkasse zu haben, also etwa 5 Steuerfussprozent. 15 Millionen weniger pro Jahr für Projekte und Investitionen in Winterthur und für seine Menschen, das ist ein grosser Einschnitt.

Mit dieser Interpellation können wir zwar nicht direkt in politische Prozesse eingreifen, aber mit den Antworten eine Basis schaffen für fundierte Entscheidungen - sowohl bei uns im Parlament wie auch beim Kanton. Und diese Basis brauchen wir so schnell wie möglich.

Zudem können wir uns als Parlament offiziell zu dieser geplanten Änderung positioniere. Der Kanton muss wissen, wo die Winterthurer Politik steht.

Dass das Thema ein dringliches Winterthurer Anliegen ist, zeigt die breite Allianz von Fraktionen, welche die Interpellation mittragen. Deshalb bitte ich Euch, die Dringlichkeit dieser Interpellation zu unterstützen. Wir und der Kanton müssen wissen, was die Auswirkungen der Änderung der Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer sind, und zwar dringend. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Katja. Somit kommen wir jetzt direkt zur Abstimmung. Noch kurz, damit es allen klar ist, die das noch nie erlebt haben: Wenn die Dringlichkeit gegeben ist, hat der Stadtrat entweder die Chance, jetzt dann gleich mündlich zu antworten oder er müsste diese Interpellation innerhalb eines Monats beantworten. Wenn die Dringlichkeit nicht angenommen wird, dann wird es vielleicht als normale IP eingereicht, oder was auch immer.

Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

A = Zustimmung der Dringlichkeit, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Dringlichkeit wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ich frage Stadtrat Kaspar Bopp, wie er weiterfahren möchte.

Stadtrat K. Bopp: Das Thema ist nicht nur dringlich, sondern es ist auch äusserst wichtig. Wir haben bereits eine Auslegeordnung gemacht im Rahmen dieser Vernehmlassung, trotzdem nehmen wir uns gerne noch die Zeit, das sauber auf Papier zu bringen und für Sie zu büscheln. Wir beantworten das gerne auf die nächste Sitzung, besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit erwarten wir freudig die Antwort.

14. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.60: Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen. Das Traktandum ist wie eingangs bereits gesagt ohne Diskussion vorgesehen. Für die Vorstellung hat das Wort Iris Kuster (AK).

I. Kuster (AK): Ich darf Euch die neue Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen vorstellen. Es geht dabei um die Regelung der Leitung der drei unabhängigen Stellen: Finanzkontrolle, Datenschutzstelle und Ombudsstelle. Die sind ja dem Parlament administrativ zugeordnet und haben eine spezielle Stellung. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu offenen Fragen und nicht ganz geklärten Fragen – ich komme im Verlauf der Präsentation noch dazu. Felix Helg hat in seiner Funktion als Ratspräsident zusammen mit der gesamten

Parlamentsleitung und dem Parlamentsdienst nun eine Personalverordnung erarbeitet. Dafür recht herzlichen Dank an alle für die grosse Arbeit.

Wieso braucht es eine neue Verordnung?

Wir haben heute unterschiedliche Regelungen und Handhabungen bei den drei Aufsichtsstellen, die man vereinheitlichen möchte. Es gab praktische Erfahrungen in der Vergangenheit (Beispiele, Ereignisse), bei denen man merkte, das ist nicht geregelt. Und die frühere Aufsichtskommission hatte eine solche Verordnung verlangt.

Gerne gehe ich jetzt auf einzelne Punkte der neuen Verordnung ein. Diese Verordnung geht übrigens dem städtischen Personalstatut vor. Und das Personalrecht gilt für die Leitungen sinngemäß.

Neu gibt es eine Abwahlmöglichkeit in ausserordentlichen Fällen. Diese Möglichkeit gab es vorher nicht und die wurde nun hier klar geregelt. Für eine Abwahl gibt es, wie bereits erwähnt, besondere Anforderungen, denn das soll nicht einfach locker gemacht werden, und es braucht eine hohe Zustimmung im Rat, nämlich 40 Stimmen; das ist eine 2/3 Mehrheit des Parlaments.

Auch die Zuständigkeit für Weiterbildungen wurde klar geregelt. Hier ist anzumerken, dass die obligatorischen Aus- und Weiterbildungen, wie sie vor allem bei der Finanzkontrolle anzutreffen sind, davon ausgeschlossen und nicht betroffen sind. Es geht hier um freiwillige Weiterbildungen. Ihr seht hier, wo die AK zuständig ist, nämlich im Rahmen des Budgets, und wo die Parlamentsleitung zuständig ist, v.a. wenn die Kosten nicht budgetiert wurden.

Ein weiteres Thema, das wir in der AK diskutiert haben, ist die Stellvertretung. Dazu haben wir in der AK intensiv diskutiert. Hier ging es vor allem darum, wie die Stellvertretung bei der Finanzkontrolle zu verstehen ist. Dabei wurde betont, dass es nie die Absicht der Parlamentsleitung war, die FiKo-Stellvertretung in Zukunft durch das Parlament zu wählen. Vielmehr wurde stets betont, dass mit den vorliegenden Bestimmungen alle drei Aufsichtsstellen ihre aktuellen Lösungen beibehalten können.

In der AK haben wir für die Personalverordnung zwei Lesungen benötigt. Es gab einen Änderungs- und einen Ergänzungsantrag, die in der AK gestellt und angenommen wurden. Art. 1 ist eine leichte Änderung der Stellvertretungen, nämlich dass die Verordnung für die gewählten Stellvertretungen gilt. Und im Art. 14 wurde mit der Ergänzung präzisiert, wer für die fristlose Auflösung zuständig ist, nämlich die Parlamentsleitung.

In Art. 10 Abs. 3 steht, dass der Produktgruppen-Verantwortliche mindestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit die Leitung anfragt, ob sie sich für eine Wiederwahl zur Verfügung stellt. Um sicherzustellen, dass der Termin nicht verpasst wird, wird der Parlamentsdienst die Verantwortlich zeitgerecht daran erinnern. Danke bereits an dieser Stelle an den Parlamentsdienst, dass Ihr das übernehmt.

Wie geht es nachher weiter? Nach dem heutigen Tag, wenn wir alle Ja gesagt haben zur neuen Personalverordnung, untersteht sie dem fakultativen Referendum. Und nach Abschluss des vorliegenden Geschäfts sollen dann die Totalrevisionen der drei Spezialverordnungen der Aufsichtsstellen rasch angegangen werden.

Die Personalverordnung wurde, wie bereits erwähnt, in der Aufsichtskommission einstimmig angenommen.

Besten Dank für das Zuhören.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Iris. Da dieses Geschäft aus der Parlamentsleitung kommt, hat diese noch die Chance, sich auch noch zu diesem Geschäft zu äussern, so wie der Stadtrat das ja auch könnte, auch wenn es ohne Diskussion ist, wenn es ein Geschäft des Stadtrats wäre. Und als nach wie vor offizieller Delegierter der Parlamentsleitung hat somit Felix Helg noch das Wort zu diesem Geschäft.

F. Helg (FDP): Wie es der Präsident gesagt hat, ist meine Rolle hier, dass ich als Delegierter der Parlamentsleitung jetzt noch kurz etwas zu diesem Geschäft sage.

Die Parlamentsleitung hat ja ganz am Ende des letzten Amtsjahres unter meinem Präsidium das vorliegende Geschäft zuhanden des Parlaments verabschiedet und gleichzeitig mich damit betraut, das Geschäft zusammen mit dem Parlamentsschreiber in der Aufsichtskommission zu vertreten. Die Materie ist ja doch sehr juristisch ist und ich habe mich damit schon seit längerem eingehend mit dieser Materie befasst; auch früher, als ich noch Präsident der Aufsichtskommission war.

Zunächst danke ich Marc Bernhard für die Erarbeitung des Entwurfs – konzeptionell durchdacht, juristisch fundiert und äusserst sorgfältig. Er hat zunächst mit mir zusammen das Geschäft finalisiert. Anschliessend haben wir das Geschäft mehrmals diskutiert in der Parlamentsleitung mit den weiteren Mitgliedern, den damaligen bzw. aktuellen Vizepräsidenten Philippe Weber und Samuel Kocher. Auch der Stadtrat konnte sich schriftlich äussern, die Leitungen der Aufsichtsstellen wurden mündlich angehört und sie haben sich auch noch schriftlich Stellung bezogen. Es war eine sehr umfassende Vorbereitung dieser Vorlage. Allen Involvierten ist an dieser Stelle zu danken für die wertvollen Inputs, die dazu geführt haben, dass wir jetzt eine gute und ausgewogene Verordnung verabschieden können. Schliesslich danke ich natürlich auch der Kommissionsreferentin Iris Kuster, die das Geschäft im Vorfeld sehr genau und kritisch geprüft und es uns heute Abend vorgestellt und auf die wichtigen Punkte hingewiesen hat.

Die neue Verordnung bringt nichts viel Neues, die Kommissionsreferentin hat das gut umrisen. Es ging im Wesentlichen darum, die bisherige Praxis zusammenzufassen, wo nötig zu präzisieren und Widersprüche zu beseitigen. Die Stellung der Leitungen der Aufsichtsstellen ist nicht geändert worden. Ihre Unabhängigkeit, wie sie bereits die Gemeindeordnung garantiert, bleibt unangetastet.

Mit dem Erlass der Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen werden die drei Spezialverordnungen für die Aufsichtsstellen insoweit angepasst, als jetzt doppelte Regelungen eliminiert werden. In einem zweiten Schritt sollen nun auch diese drei Verordnungen inhaltlich überarbeitet werden, Iris Kuster hat darauf hingewiesen. Zurzeit haben die drei Spezialverordnungen jetzt aufgrund der Streichungen aktuell den Charakter eines «Torsos» - deshalb ist es angezeigt, dass man das nochmals von Grund auf anschaut und auch inhaltlich überarbeitet; selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit der Ombudsfrau, dem Leiter Finanzkontrolle und dem Datenschutzbeauftragten. So sollten die Rechtsgrundlagen in absehbarer Zeit wieder in jeder Hinsicht «à jour» sein.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Felix.

Somit kommen wir zu den Abstimmungen. Zuerst stimmen wir einzeln über die beiden Änderungsanträge der AK, die auf dem Kommissionsblatt sind. Da sie wahrscheinlich unbestritten sind, würde ich dann beliebt mache, dass wir nachher über Antragsziffern 1-5 inkl. dieser Anträge miteinander abstimmen. – Dagegen sehe ich keine Einwände.

Abstimmung AK-Änderungsantrag Art. 1 Abs. 2.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der AK-Antrag wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Abstimmung AK-Änderungsantrag Art. 14 Abs. 1 lit. G:

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der AK-Änderungsantrag ist mit 52:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Jetzt passiert dasselbe wie letztes Mal, dass wir nämlich während der Sitzung weniger werden. Aber es ist trotzdem einstimmig und somit sind beide Änderungsanträge angenommen.

Abstimmung Antrag 1-5 der Weisung inkl. der beiden Änderungsanträge.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Das gesamte Geschäft wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

15. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.69: Begründung des Postulats M. Gnesa (SP), S. Gfeller (SP) und R. Hugentobler (Grüne/AL) betr. Schaffung einer Wohnzone für alternative Wohnformen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Begründung des Postulats betreffend Schaffung einer Wohnzone für alternative Wohnformen. Das Postulat wird begründet von Marilena Gnesa (SP).

Mir ist schon zu Ohren gekommen, dass die FDP einen Ablehnungsantrag stellen wird, d.h. nachher kommt der Ablehnungsantrag und danach folgt die Diskussion.

Das Wort hat jetzt Marilena Gnesa für die Begründung des Postulats.

M. Gnesa (SP): Alternative, innovative Wohnformen sind nach der geltenden Rahmennutzungsplanung nicht gestattet. Jede Zone des Zonenplans lässt bestimmte Nutzungen zu und schliesst andere aus. So ist das Wohnen nicht überall erlaubt, sondern nur in den dafür ausgeschiedenen Zonen des Baugebiets, also in den Wohnzonen, Dorfzonen, oder Wohn- und Arbeitszonen. Innovative Wohnformen sind auch in einer Wohnzone kaum umsetzbar, weil sie nicht zonenkonform sind. Dauercampen, also dauerhaftes Wohnen, wie etwa am Schützenweiher (davon haben wir es letzte Woche gehabt) in der Erholungszone, ist nicht zonenkonform. Die Erholungszone soll weiterhin der ganzen Bevölkerung als Naherholungsgebiet offenstehen.

Aber die Idee, dass es Menschen gibt, die innovative Wohnformen suchen und leben wollen, finden wir sympathisch und prüfenswert. Somit stellt sich für uns die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, ein Areal im Baugebiet auszuscheiden, wo neue, unkonventionelle und interessante Wohnformen in einem klar definierten und geordneten Rahmen und mit gesetzeskonformer Grundlage ermöglicht werden sollen, selbstredend ohne Kosten für die Stadt und den Steuerzahler. Eine Wohnzone für alternative Wohnformen gibt es z.B. in Riedbach bei Bern, das eine lange Tradition der alternativen Wohnformen kennt; auch im Ausland ist diese Form des Wohnens bekannt, z.B. die Wohnsiedlung Minitopia in den Niederlanden. Ich verzichte darauf, Euch ein Bild davon zu zeigen, das könnt Ihr selbst im Internet anschauen.

Was unter alternativen Wohnformen fällt, darüber kann man streiten, es ist jedenfalls ein weit gefasster Begriff. Es handelt sich jedenfalls um Konzepte, die über traditionelle Wohnformen in Wohnungen und Häuser hinausgehen, z.B.:

- Clusterwohnungen
- Tiny Houses
- Wohnwagen
- usw.

- vor allem aber kleinere, mobile oder feste Wohneinheiten, die minimalistisches, einfaches Wohnen auf kleinstem Raum ermöglichen

- und natürlich Siedlungen mit einem Fokus auf Gemeinschaft und Nachhaltigkeit

Das, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Wohnformen sollen einen gemeinnützigen, inklusiven Charakter haben und allen interessierten Personen offenstehen. Allen Formen gemeinsam ist, dass die Menschen auf kleinstem Raum wohnen, was erfrischend und innovativ ist angesichts der zunehmenden pro Person beanspruchten Wohn-Quadratmeterfläche.

Die Schaffung einer Zone für alternative Wohnformen ist ein Beitrag zur Förderung von sozial-ökologischen Lebensentwürfen, steht im Zeichen der Vielfalt von Wohnformen und stellt im Bereich des Wohnens eine gesellschaftliche Innovation dar.

Im Zusammenhang mit dem Campingplatz ist letzte Woche kritisch bemerkt worden, die Stadt soll soziale Verantwortung übernehmen und den Campern unter die Arme greifen, oder

den dort illegal Wohnenden eine Hilfestellung bieten, die voraussichtlich bald nicht mehr dort wohnen können.

Wir sind überzeugt, dass die Schaffung einer Zone für alternatives Wohnen vielleicht eine Möglichkeit ist, oder zeigt zumindest in eine machbare und prüfenswerte Richtung. Es soll allen ermöglicht werden, alternativ und innovativ zu wohnen.

Vielen Dank für die Unterstützung.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Marilena. Dann geht jetzt das Wort an Raphael Perroulaz (FDP) für den Ablehnungsantrag.

R. Perroulaz (FDP): Muss ich den Antrag gleich jetzt begründen oder darf ich das Votum gleich zusammenfassen mit dem FDP-Votum? Danke vielmals.

Als liberale Partei unterstützen wir ja grundsätzlich verschiedene Lebensentwürfe mit einer individuellen Gestaltung von Wohnformen. Doch schon mal vorweg: Dieses Postulat können wir trotzdem nicht unterstützen und stellen deshalb, wie erläutert, den Antrag auf Ablehnung dieses Postulats.

Einer der Gründe ist, dass von der EVP, den Grünen, der AL und uns im Mai schon eine Interpellation (2025.61) betreffend Dauercampieren hängig ist; also wir haben sie eingereicht im Mai und sie ist noch hängig im Stadtrat.

Jetzt möchte ich aber doch noch auf die Themen eingehen, die Marilena erwähnt hat, die sie in dieses Postulat einbringen möchte. Es ist uns schlichtweg schleierhaft, weshalb in diesem Postulat pauschal behauptet wird, dass die aktuelle Bau- und Zonenordnung z.B. keine Tiny Houses ermöglicht. Selbstverständlich ist das innerhalb der geltenden Regeln möglich. Es ist aber eher eine Sinnfrage: Wollen wir in Zeiten von knappen Ressourcen und wachsender Bevölkerung das nur begrenzt verfügbare Bauland mit kleinteiligen Strukturen überbauen, die eine sehr tiefe Grundstücksausnutzung haben und dadurch kaum Wohnraum schaffen? Das können hoffentlich alle mit Nein beantworten, aber das ist eine andere Frage, eine politische Frage. Das wäre aus unserer Sicht eine ziemlich unsinnige Verschwendug von Bauland, innerhalb einer Stadt von Winterthur.

Den Postulanten geht es eher darum, ein stadteigenes Grundstück dem Wohnungsmarkt zu entziehen. Sie erkennen dabei die problematischen Folgen: So führt die Unternutzung von Bauland zu einem höheren Druck auf bereits bestehende Wohnzonen und damit zu einem Preisdruck. Höhere Preise wollen wir ja nicht in einer Stadt wie Winterthur, da wird mir links auch zustimmen. Und das ist eben eigentlich grundlos, weil wie erwähnt im bestehenden Siedlungsgebiet die vorgeschlagenen Wohnformen eigentlich heute schon alle möglich sind. Es braucht keine separate Wohnzone aus unserer Sicht.

Was wirklich ist, ist eine Reduktion des Wohnflächenverbrauchs pro Person, pro Kopf. Aktuell liegt dieser gemäss kantonaler Statistik bei rund 43 m² pro Person (im Schnitt über alle grossen und kleinen Wohnformen). Kleinteilige, schlecht ausgenutzte Wohnstrukturen wirken da kontraproduktiv. Sie stehen im Widerspruch zu den Zielen einer qualitätsvollen, verdichteten Stadtentwicklung und führen mit einer tieferen Bevölkerungsdichte auf diesen Parzellen zu einer ineffizienten Infrastruktur. Denn Wasser, Strom, Abwasser – all dies wird auch für alternative Wohnformen benötigt. Zudem sind beispielsweise die Anforderungen an den Brandschutz, die eben gerade die Wohnwagen nicht immer erfüllen, ein Thema, und das muss man berücksichtigen. Und das wird in diesem Vorstoss einfach negiert, dass man das nicht einhalten will bei «Wohnformen aller Art».

Anders würde es sich rein hypothetisch verhalten, wenn wir eine Fläche in der heutigen Erholungs-, Freihalte- oder Landwirtschaftszone dafür nutzen würden. Doch eben dafür müssen wir ein Gebiet einzonen und das widerspricht wiederum dem Raumplanungsgesetz, das solche zusätzlichen Einzonungen nicht vorsieht. Die meisten Pünzenareale – oder eben im konkreten Fall der Campingplatz Schützenweiher – liegen in solchen Erholungszonen und erlauben eben deshalb kein ständiges Wohnen. Wir müssen somit die bestehenden Wohnzonen effizient für eine hochwertige Stadtentwicklung nutzen. Und hochwertig heisst nicht per se

«teuer», sondern für alle Lebensformen in einem Range, mit dem alle Bevölkerungsschichten etwas anfangen und abdecken können.

Das Postulat fordert weiter einen (Zitat) «gemeinnützigen und inklusiven Charakter» der zu schaffenden Wohnzone. Eine richtige Durchmischung wird aber mit einer eigenen Zone per Definition nicht entstehen. Die automatische Separierung und soziale Segregation innerhalb der Stadt werden die Folgen sein.

Wir hingegen wollen eine Stadt der Vielfalt, nicht der Abgrenzung. Ich weiss, das tönt überraschend für Euch, liebe Kollegen und Kolleginnen der linken Seite (von mir aus ja eben rechts), aber das ist so, da stehen auch wir sehr hinter der Idee der Vielfalt.

Wir als FDP-Fraktion können das Postulat aus der genannten Perspektive nicht unterstützen und empfehlen Euch deshalb die Ablehnung – und somit keine Überweisung. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Raphael. Somit wäre jetzt die Diskussion geöffnet. Es hat sich gemeldet für die GLP: Markus Nater.

M. Nater (GLP): Der Vorstoss will eine Wohnzone für alternatives Wohnen, welche sozial-ökologische Lebensentwürfe fördern soll. Die SP und die Grüne/AL wünschen sich also nicht innovative Wohnzone, sondern halt eine sozial-ökologische Wohnform. Der Vorstoss schliesst damit leider andere Lebensentwürfe indirekt aus. Auch ist mir nicht bekannt, dass es in Zürich eine Wohnzone für alternatives Wohnen gibt. Daher kann die GLP dieses Postulat schon formell nicht unterstützen.

Auch sind die Wohnzonen in Winterthur sehr knapp und da ist dann schon die Frage erlaubt, ob es eine Zone braucht, in der 10 Wohnwagen stehen können, oder ob nicht besser ein Genossenschaftshaus auf dem gleichen Grundstück gebaut wird, welches 50 Familien eine Unterkunft gibt.

Auf der anderen Seite wird natürlich versucht, eine politische Lösung für die Jahresbewohner und angemeldeten Einwohner auf dem Campingplatz zu finden, was wir als Anliegen positiv sehen. Aber auf diesem Weg ist es leider so nicht möglich, was Selim bei der Begründung der Zustimmung zum neuen Campingplatz auch schon eingebracht hat, dass eine Zonenänderung Jahrzehnte geht. Daher sollte nicht mit utopischen Vorstössen Hoffnung gemacht werden, sondern mit den Menschen vor Ort nach individuellen Lösungen gesucht werden. Die GLP unterstützt dieses Postulat nicht.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Ja, es ist ja schon sehr amüsant, was da für Argumentationen geöffnet werden, von wegen es sei nicht ökologisch, es brauche zu viel Fläche... Ich glaube, die allermeiste Fläche brauchen Leute, die in einem Einfamilienhaus wohnen. Ich kenne ein paar Wohnwagenkollektive und dort wohnen auf einem sehr kleinen Raum relativ viele Leute. Der m²-Verbrauch pro Kopf ist relativ gering. Von daher müsste man eigentlich sagen, man müsste alle Einfamilienhäuschen abreißen und dort grössere Blöcke hinstellen, das würde der Verdichtung viel, viel mehr bringen.

Aber nein, wir wollen ja eine Stadt, in der eben möglichst viele verschiedene Menschen wohnen können, die viele verschiedene Bedürfnisse haben. Und es ist nun mal ein Bedürfnis, und das haben wir auch letzte Woche gesehen – es waren sehr viele Leute hier anwesend -; ein Bedürfnis nach alternativen Wohnformen, die einem vielleicht auch etwas mehr Freiheit geben und wo nicht nur ein 08/15-Leben, wie wir das vielleicht lieber haben, möglich ist. Und genau deshalb ist es wichtig, auch diese Menschen in unserer Stadt haben zu können, und für diese Flächen zu haben, wo diese wohnen können. Und wir sprechen da nicht von irgendwelchen x Quadratkilometern, die dann freigemacht werden für irgendwelche Wohnwagenghettos, sondern da geht es am Schluss um ganz kleine Parzellen, wo die paar Hundert Leute, die so wohnen wollen, auch wohnen können.

Momentan ist es aber leider so, dass der Stadtrat aktiv gegen solche Wohnformen vorgeht; z.B. auch im Nägelsee, beim Wohnwagenkollektiv Mumpitz, das vor Bezirksrat sogar gewonnen hat gegen die Stadt, aber die Stadt das jetzt noch an das Obergericht weiterziehen muss,

anstatt vielleicht einfach nur die Faust im Sack zu machen und die Leute eine Weile dort leben lassen.

Deshalb braucht es einen solchen Vorstoss und deshalb muss man dem Stadtrat ein bisschen Beine machen, dass auch diese Leute weiterhin in Winterthur wohnen können. Danke schön.

Ph. Angele (SVP): Kurzum: Wir lehnen das Postulat ab. Danke, Raphael, für den Ablehnungsantrag. Vorweg möchten wir aber noch einmal auf den Werbeslogan von Selim an der letzten Sitzung einsteigen: Er ist einfach zu gut, er haftet mir immer noch im Kopf. Und er ist ein bisschen vergleichbar mit den Tricks der Nahrungsmittelindustrie, die Zucker jahrzehntelang als etwas Gutes verkauft hat, obwohl längst klar ist, dass er eigentlich mehr schadet als nützt.

Noch zu den Argumenten, weshalb wir finden, dass das keine sinnvolle Lösung ist: Wir haben keinen Bedarf an einer weiteren Sonderzone. Wir brauchen nicht noch mehr Sonderzonen. Die bestehende Bau- und Zonenordnung bietet bereits Möglichkeiten für unterschiedliche Wohnformen, auch einschliesslich verdichtetem Wohnungsbau mit Gestaltungsplänen, genossenschaftlichen Projekten und Mischzonen. Eine zusätzliche Sonderzone für alternative Wohnformen würde wieder einen Ausnahmeharakter darstellen. Zusätzliche Kosten sind zu befürchten, die Schaffung einer neuen Zone erfordert Anpassungen im Bau- und Zonenplan (BZO) inklusive der Mitwirkungsverfahren und der Gefahren der entsprechenden Einsprachen. Das bindet Ressourcen in der Verwaltung und verursacht wieder Kosten ohne neuen Mehrwert.

Auch stellt sich die Frage, ob die Stadt plötzlich als Immobilienhändlerin oder als Maklerin auftritt, um subventionierte Wohnformen zu betreiben respektive zu unterstützen. Das ist aus unserer Sicht ganz klar nicht die Aufgabe der Stadt.

Priorisierung in Zeiten von Wohnknappheit: Die Stadt steht vor den schwierigen Aufgaben, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und wir brauchen bezahlbare, gut erschlossene Wohnungen für alle. Und auch für viele Leute. Und nicht eine Verknappung von gutem Bau-land durch Auszonung für solche Nischenlösungen, wie wir sie vorhin gehört haben.

Vielleicht noch eine kurze ad hoc-Randbemerkung: Wenn man mit Tiny Houses und so arbeitet, ist mir noch nicht ganz klar, wie man diese stapeln will. Das ist ja auf einer Fläche. Das Campieren kennt man – Wohnwagen aufeinander habe ich noch nie gesehen. Beim klassischen Wohnungsbau geht man aber durchaus in die Höhe. Danke schön.

A. Würzer (EVP): Ich lese das Votum inkl. einigen Ergänzungen für Franziska vor, die heute nicht anwesend sein kann.

Wir unterstützen das Anliegen, alternative Wohnformen für eine inklusive Gesellschaft zu fördern. Die EVP hat bereits Anfang Mai, gemeinsam mit Grüne/AL und auch der FDP – Raphael Perroulaz hat es bereits gesagt - eine Interpellation dazu eingereicht. Es ist uns sehr wichtig, dass es Raum gibt für Wohnformen ausserhalb vom Einfamilienhäuschen und den grossen, oft anonymen Wohnblöcken. Deshalb haben wir wie gesagt bereits eine Interpellation dazu eingereicht, ausgelöst durch das Problem der Dauercampierenden vom Rosenberg, die einen neuen Platz brauchen. Ich erinnere an die Ratssitzung letzte Woche.

Was passiert jetzt? Jetzt wiederholt die SP einen grossen Teil von unseren Fragen in ihrem Postulat, zusammen mit der Forderung nach einem Bericht. Und das, obwohl die Antworten auf unsere IP noch ausstehend sind.

Es muss also Wahlkampf sein. Andere Gründe sehen wir für diesen Vorstoss nämlich nicht. Er ist ohne Mehrheiten eingereicht worden, so zeichnet es sich zumindest jetzt auch ab, kann also voraussichtlich sehr wenig bis gar nichts Konstruktives schaffen und keinerlei Lösungen generieren.

Die SP begründet den Bedarf nach dem Postulat dadurch, dass die IP der EVP nur Partikularinteressen der Dauercampierenden berücksichtige oder verfolge. Das ist sehr seltsam, denn wir fragen in der IP nämlich in Fragen 4-6 genau danach, wo es in Winterthur ganz allgemein

ein Grundstück für alternative Wohnformen gäbe, was die nächsten Schritte bei der Umsetzung wären und was man z.B. aus der Legalisierung vom Wagenpark Grienens lernen könnte. Die wichtigen Fragen wurden also bereits gestellt. Die Antworten werden kommen. Und wir werden die Antworten zusammen mit den Miteinreichenden (und wenn sie will, sehr gerne auch mit der SP) würdigen und schauen, ob weitere Schritte nötig sind. Falls ja, sind wir offen für ein Postulat. Das haben wir von Anfang auch immer so kommuniziert.

Jetzt ist aber der falsche Moment für ein Postulat, wir wollen zuerst die Antworten auf die IP abwarten. Wir unterstützen das Postulat deshalb natürlich nicht, respektive wir unterstützen den Ablehnungsantrag der FDP, auch wenn wir inhaltlich mit dem bisher Gesagten der ablehnenden Fraktionen mehrheitlich nicht einverstanden sind.

M. Wäckerlin (SVP): Ich danke natürlich Philipp für sein Votum. Aber ich glaube, man darf es noch ein bisschen genauer sagen. Es geht ja eigentlich um die Leute, die auf dem besetzten Gelände illegalerweise gewohnt haben. Und jetzt möchte eine gewisse Partei hier drinnen quasi eine Sonderregelung für ihre Sonderklientel schaffen. Und das ist schon ein bisschen speziell.

Und wie schon die FDP gesagt hat: Wenn es darum geht, Bauvorschriften zu vereinfachen, dann seid Ihr bei uns gerne willkommen. Aber wir möchten gerne Politik für alle machen und nicht für wenige.

B. Helbling (SP): Ich muss doch noch etwas sagen. Unser Postulat möchte keine schnelle Lösung auf dem Campingplatz und nicht nur eine Antwort für die heutigen Dauercamper:innen. Es geht um die grundsätzliche Frage: Kann Winterthur Raum schaffen für alternative Wohnformen; eben auch vielleicht für mobiles Wohnen oder andere ökologische Gemeinschaftsprojekte. Es gibt Beispiele, sie wurden auch erwähnt: Wir kennen alle, die wir schon ein bisschen länger im Parlament sind, den Grienens. Zuerst ein informeller Wagenplatz – damals in der Landwirtschaftszone, jetzt ein legalisiertes, selbstverwaltetes Wohnprojekt mit privatem Gestaltungsplan, Richtplananpassungen und mit unserer Unterstützung vom Parlament. In Deutschland gibt es z.B. in Freiburg ein sehr spannendes Projekt, gemeinschaftlich, ökologisch, rechtlich verankert. Das Beispiel in den Niederlanden habt Ihr schon gehört, in Amsterdam gibt es etwas sehr Kreatives als Zwischenutzungen mit Perspektiven.

Diese Projekte zeigen alle: Alternative Wohnformen sind keine Randphänomene, sondern gesellschaftlich und städtebaulich ein Mehrwert; wenn sie gut geplant sind, demokratisch legitimiert und nachhaltig umgesetzt werden.

Und nochmals kurz zur Interpellation der EVP: Wir teilen viele dieser Fragen, wir haben sogar mitgearbeitet. Und wir begrüssen die politische Aufmerksamkeit für das Thema sehr. Wir haben aber bewusst nicht mitunterzeichnet, weil eine Umzonung der Erholungszone beim Schützenweiher für uns einfach keine Option ist. Diese Zone ist öffentliche Erholungszone, sie eignet sich nicht für dauerhafte Wohnnutzung. Deshalb braucht es eine neue, gezielt geplante Zone mit klaren Vorgaben, rechtlicher Sicherheit, gemeinnütziger Trägerschaft. Nicht Flickwerk, nicht Ausnahmen, sondern ein tragfähiger Rahmen für die Zukunft.

Ich bitte Sie, auch wenn es nicht viel nützt: Lassen Sie diese Prüfung zu. Wir entscheiden heute nicht über konkrete Projekte, wir schaffen nur die Grundlagen, damit der Stadtrat fundierte Optionen aufzeigen kann. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt diese Überweisung ab. Das Beispiel vom Grienens hat mich dann doch getriggert, etwas zu sagen, denn dort sieht man eben, wie es funktionieren könnte. Es ist eine Gruppe von Leuten, die ein alternatives Wohnen betreiben möchte, und die dann in der Landwirtschaftszone darauf aufmerksam gemacht wird, dass man das nicht kann. Und sie dann im Austausch mit der Stadt, im Dialog, eine Möglichkeit sucht, um diese Wohnform an einem legalen Ort auf eine legale Art und Weise machen zu können. Und für dieses Projekt spezifisch – wenn nötig – eine Zonenänderung auch zu beantragen und umzusetzen.

Jetzt aber in den Nachwehen des Campingplatzes, wo auch die Besetzerzene früher oder später weichen müssen wird, ist es so, dass die Stadt – der Stadtrat und die Verwaltung – Kontaktversuche unternommen hat, um Lösungen zu suchen, und diese Kontaktversuche sind nicht erwidert worden. Ja und dann? Dann kann eine Stadt nichts machen. Dann ist es einfach so, dass man sich in diesem illegalen Zustand gefällt und nicht will und Punkt. Und dann kann eine Stadt auch nicht helfen.

Im kantonalen Recht gibt es keine Wohnzone für alternatives Wohnen. Man muss im bestehenden Wohnzonenrecht oder Raumplanungsrecht schauen, was man machen kann. Und das ist einfach die Wohnzone. Für Tiny Houses ist das analog Einfamilienhäuschen, einfach mit weniger Haus und mehr Grün rundherum. Es gibt übrigens da kreative alternative Ansätze mit Tiny Flats, kleinen Wohnungen, die geschaffen werden.

Und die anderen beiden Bullet Points in der Begründung des Postulats sind eigentlich schon abgedeckt mit z.B. Genossenschaften wie das Depot Deutweg, das genau so etwas macht, selbstverwaltetes Wohnen. Oder ein bisschen weiter zurück die Giesserei, die das auch konnte, so etwas auf die Beine stellen, innerhalb der bestehenden Zonenordnung.

In dem Sinne glaube ich, dass es der falsche Weg ist, jetzt da die Zonenordnung anpassen zu wollen, um so etwas zu machen. Wenn man dann nämlich sagt: Schaut, da haben wir jetzt eine Zone, wo Ihr sein könnt – dann wird das genau auch nicht passen.

Deshalb lehnen wir die Überweisung ab. Auf die Antwort auf die EVP-Interpellation, die schon mehrfach genannt wurde, sind wir gespannt, auch dort wird man mehr sehen. Und deshalb braucht es dieses Postulat heute nicht.

R. Perroulaz (FDP): Ich kann da nur entgegnen: Das mit den Einfamilienhäuschen – Du kennst meinen beruflichen Hintergrund – ist 100% korrekt. Aber es geht ja nicht um Einfamilienhäuser grundsätzlich, sondern es geht um den Flächenverbrauch. Und wenn man heute Grundstücke in einer Stadt, die wirklich sehr begrenzt sind – die Stadt Winterthur hat wirklich sehr wenige verfügbare Grundstücke. Wenn man diese so nutzt, dann erreichen wir einfach nicht die Zahl von Personen, die in dieser Stadt werden leben wollen in den nächsten 30 Jahren. Wir haben ein enormes Wachstum bis 2050 – nach der jetzigen Schätzung 33'000 Personen – und wenn man Grundstücke «verschwendet» (dieses Wort möchte ich jetzt nicht negativ behaftet haben) oder unternutzt, dann wird das einen schwierigen Impact haben auf den Wohnungsmarkt.

Was für uns wirklich sehr unklar ist: Weshalb ist es eine reine Klientelbewirtschaftung? Ich finde, wenn es um diese Zone geht, oder für diese Leute, die letzte Woche hier waren, dann könnte man das auch in diesem Vorstoss so benennen und ehrlich oder transparent sein. Sonst ist es für mich eine Klientelbewirtschaftung, die unter dem Deckmäntelchen einer Allgemeinheit passiert.

Die zusätzliche Frage ist für uns wirklich: Wieso wartet man nicht diese Antwort ab auf diese IP, die wir mit der EVP zusammen eingereicht haben? Es sind die wesentlichen Fragen, die dort aufgeworfen wurden, und diese geben als IP schon viel als Grundlage her. Bewusst als IP, nicht mit einem Postulat, nicht mit einem höheren Mittel, sondern als Interpellation. Wir hätten auch zusammenspannen können, denn es ist das gleiche Thema. Das finde ich persönlich eigentlich schade. Wenn man die IP anschaut: Wir wollten in die grundsätzlich gleiche Richtung mit diesem Thema. Und das betrifft ja eben auch die Dauercampierer auf dem Camping Schützenweiher.

Es wurde verschiedentlich genannt, Philipp Angele hat es ganz präzise ausgedrückt: Eine Sonderzone zu schaffen innerhalb einer Bau- und Zonenordnung ist einfach sehr bürokratisch. Und das betrifft ja, das hast Du selbst gesagt, Roman, am Schluss eigentlich eine kleine Fläche. Ich sage jetzt – keine Ahnung – 2'000 m². Und wenn man nur für ein Grundstück eine eigene Bauzone schafft, da möchte ich jetzt in Frage stellen, ob das effizient ist oder es in die Richtung von Abbau der Bürokratie oder einer vereinfachten Nutzung unseres Bodens geht.

Bea hat es mir leider schon vorweggenommen und dann hat es eine ganze Kaskade gegeben, aber ein schönes Beispiel finde ich eben genau den Gestaltungsplan im Grienens in

Seen, beim Seener Buck, wo eben genau aus einer solchen Wohnform heraus das nachher als privater Gestaltungsplan umgesetzt wurde. Ich sehe das total positiv. Es finden auch kulturelle Anlässe statt, die der Bevölkerung nützen, die öffentlich sind. Ich war noch nie dort, aber ich bin oft vorbeigefahren und habe die Plakate gesehen, z.B. für das OpenAir-Kino. Ich finde das eigentlich eine positive Sache für die Vielfalt unserer Stadt.

Aber eben, es ist ein privater Gestaltungsplan, es ist keine eigene Wohnzone. Und da frage ich mich, ob das nicht auch ein Mittel wäre. Und das hätte man gut abfragen können, auch schon mit einer Interpellation.

Also kein Präzedenzfall – und Verzicht auf Infrastruktur möchte man ja dann doch vielleicht nicht, wenn ich das richtig verstanden habe. Die reinen Tiny Houses oder Container brauchen eine Infrastruktur. Und insofern kann das z.B. in einem Gestaltungsplan alles sehr sauber geregelt werden.

Es ist eigentlich alles gesagt. Ich finde, die städtischen Grundstücke oder die städtischen Parzellen, die im Besitz der Stadt Winterthur oder des Volkes sind, soll man effizient nutzen, für alle Wohnformen. Ein Grundstück sollte nicht nur für eine Nutzung, sondern für ganz viele Nutzungen eingesetzt werden können. Danke vielmals.

Stadträtin Ch. Meier: Ja, das Parlament hat dieses Postulat uns zugewiesen, weil ja eben nach einer Zone für alternatives Wohnen gefragt wird. Sie werden aber jetzt bei meinen Ausführungen hören, dass es nicht in erster Linie eine Zonenfrage ist.

Das Anliegen, Platz zu haben für alternative Wohnformen, hat sich in den letzten Wochen sehr deutlich gezeigt und ist wohl auch ziemlich umstritten. Aber wie gesagt, es ist nicht eigentlich eine Zonenfrage: Die Raumplanung sieht nicht vor, dass es eine Zone für alternatives Wohnen gibt, sondern es gibt einfach Zonen, in denen Wohnen zugelassen ist – egal, ob konventionelle Wohnformen oder alternative Wohnformen. Was aber ist: Zonen, in denen Wohnen zugelassen ist, müssen ausreichend erschlossen sein. Und dort sind dann alle Formen von Wohnen erlaubt, egal, ob in einem Bauwagen, in einem Tiny House oder in konventionellen Wohnformen.

Die Frage ist vielmehr, ob es Areale gibt, wo sich die Stadt vorstellen kann, dass man sie für spezielle, alternative Wohnformen ausscheidet. Das müssten dann aber eben Wohnzonen-Areale sein. Der Stadtrat ist grundsätzlich gerne bereit und macht sich gerne Gedanken, egal, ob das im Rahmen der Beantwortung der Interpellation ist oder im Rahmen des Berichts zu einem Postulat, ob es Areale gibt, die sich eignen würden, um neue Wohnformen zu ermöglichen.

Ich möchte da einfach nicht zu grosse Hoffnungen wecken. Wir haben es jetzt in verschiedenen Voten gehört: Das freie Bauland in der Stadt Winterthur ist eher knapp. Aber was wir mit diesem Bauland machen, da sind wir doch weitgehend frei. Und wir nehmen in dem Sinne die Anregungen auf jeden Fall sehr gerne entgegen – wie gesagt, egal in welcher Form von Vorschlag – und machen uns zusammen mit den Immobilien, die für die städtischen freien Gebiete zuständig sind, aber auch zusammen mit dem Amt für Stadtentwicklung sehr gerne Gedanken dazu.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Somit sind wir bereit, um über die Überweisung dieses Postulats abzustimmen.

A = Zustimmung zur Überweisung, B = Ablehnung der Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Abstimmungsergebnis: Die Überweisung wird mit 31:22 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt. Das Postulat ist somit abgeschrieben.

Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, möchte ich gerne nochmals kurz sagen, dass Ihr, wenn Ihr sprechen möchten, einfach nur das Knöpfchen ein einziges Mal drücken müsst. Das ist die ersten beiden Male total gut gegangen und jetzt irgendwie nicht mehr. Einfach 1 x drücken und dann nie mehr – bis Ihr zum nächsten Mal etwas sagen wollt.

Das würde meinen total stressigen Job hier vorne etwas einfacher machen. Ich danke Euch. Jetzt wisst Ihr auch, wie Ihr einen Modus habt, um mich zu stressen.

16. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.5: Antrag und Bericht zum Postulat B. Oeschger (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Würzer (EVP) und U. Hofer (FDP) betr. Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt

Parlamentspräsident Ph. Weber: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt. Das Wort hat als erster der Erstunterzeichnende Benedikt Oeschger (GLP).

B. Oeschger (GLP): Wenn man den Bericht liest, wähnt man sich zuerst in einem Altarm eines Flusses. Der Bericht kommt erst nach einigen Mäandern zum wesentlichen Teil der Postulatsantwort, nämlich zu den Förderprogrammen «Vielfältige Zürcher Gewässer» und «#hallowasser», für die der Stadtrat aufgefordert wurde, konkrete Projekte und Massnahmen vorzulegen. Denn diese, geschätzte Anwesende, bieten der Stadt Winterthur die Möglichkeit, trotz Stadtfinanzen, die den Bach runtergehen, wichtige Projekte umzusetzen. Projekte, welche die Biodiversität der Gewässer fördern und die auch die Zugänglichkeit der Gewässer verbessern.

Nach der Postulatsüberweisung hat sich die Verwaltung im Frühling 2024 mit Programmvorschlägen für «#hallowasser» auseinandergesetzt. Wo diese Ideen jetzt schwimmen oder ob sie in eine Schublade gespült worden sind, bleibt unklar. Eigentlich wird damit gesagt, dass man die neuen Förderprogramme nicht speziell nutzen möchte, sondern nur das macht, was ohnehin geplant ist.

Ich erwarte angesichts der vielen Schulhausprojekte nicht gerade, dass die Bauvorsteherin die Position der möglichen Programmvorschläge gerade mit einer Seenotsfackel anzeigt, aber mindestens eine Boje als Lebenszeichen müsste man eigentlich schon sehen. Etwa so wie die Wortmeldung des Vorstehers der Technischen Betrieben letzte Woche. Das wäre eigentlich auch der Auftrag des Postulats gewesen. Aber der parlamentarische Auftrag ist unerfüllt geblieben.

Wir schwimmen nicht im Geld. Der Stadtrat lässt sich also die Chance für ein noch lebenswerteres Winterthur entgehen. In diesem Sinn nehmen wir die Postulatsantwort negativ zur Kenntnis. Und konsequenterweise wird die GLP eine weitere Besprechung des Postulats in der Kommission einfordern. Danke.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Das Planen und Bauen an Fließgewässern gleicht seit jeher einer Quadratur des Kreises. Hochwasserschutz, Gewässerschutz, Gefahrenkarten Naturgefahren, der Gewässerraum, den der Kanton festlegt, diverse Wegweiser Bau & Umwelt vom Kanton, die Naherholung und weitere Parameter müssen berücksichtigt werden. Auf Stadt-ebene münden diese Rahmenbedingungen wiederum in diverse Gewässer-Pläne wie der GWBP (der generelle Wasserbauplan), der GEP (der Generelle Entwässerungsplan) - wobei dieser in Zeiten der Schwammstadt vielleicht bald einen neuen Namen erhält, z.B. Spongeplan -, das GWP (das Generelle Wasserversorgungsprojekt).

Ob all dieser G-Pläne und lästigen Gewässerpostulaten aus der grünen und halbgrünen Ecke verzeihe ich es den Weisungsschreiberlingen schon fast, dass mich ihre Massnahmenliste in der Weisung auf Seite 4 schon fast ein bisschen an einen Schildbürgerstreich erinnert hat. Da ist nämlich direkt untereinander in der gleichen Liste zu lesen:

- Steglibach (Variantenentscheid): Ausbau Bachleitung. neue Linienführung. Mit einem Kostenvolumen von 1.5 Millionen ab 2036.

Und direkt darunter:

- Oberseener Dorfbach: Baumstamm entfernen. 2021 Umsetzungshorizont. Kostenpunkt: 1'000 Franken.

Diese Liste habe ich wirklich sehr speziell gefunden. Ist «Baumstamm entfernen» nicht eher eine Unterhaltsmassnahme? Und andererseits der Steglibach–Variantenentscheid mit Umsetzung ab 2036 hingegen eher eine planerisch-strategische Sache, die in eine andere Kategorie oder Tabelle gehören würde? Aber vielleicht habe ich es auch einfach nicht begriffen und hätte eine Lesehilfe anfordern sollen.

Im Gis-Browser habe ich dann die projektierten Fliessgewässer-Zugänge, die durch das Förderprogramm unterstützt werden sollen, gesucht. Bei der Postulats-Überweisung wurde ja angekündigt, dass im Baudepartement eine Arbeitsgruppe gegründet worden sei dafür, die passenden Bäche zu eruieren. Leider bin ich nur in Opfikon, Dübendorf, Fällanden und am Thurspitz fündig geworden. In Winterthur nicht.

Die Finanzierung durch die Förderprogramme «Vielfältige Zürcher Gewässer» und «#hallowasser», die ja der Hauptfokus (Benedikt hat es schon gesagt) des Postulats waren, erscheinen erst gegen den Schluss des Berichts: Zuerst liest man da auch noch von Staatsbeiträgen, den NFA-Beiträgen (Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenverteilung) und von verschiedenen Fonds – bei der Vielzahl an Geldtöpfen, so dünkte es mich, sollte eigentlich den Bachrevitalisierungen nicht mehr viel im Weg stehen. Da fragt man sich dann doch ein bisschen: Wo klemmt es denn eigentlich?

Das Programm «Vielfältige Gewässer» wurde aber bei verschiedenen Bächen bereits angewendet. Das ist erfreulich und das liest man auch im Bericht. Und wer weiss, vielleicht gelingt es, dass für mehr Zugänge an die Eulach - da ein kantonales Gewässer – z.B. beim Lindenplatz in Wülflingen, «#hallowasser» doch noch in Winterthur ankommen kann.

Weil es auch uns daran gelegen ist, dass die Verwaltung Zeit hat, Projekte umzusetzen, anstatt lästige Postulate zu beantworten, verlangen wir auch keinen Zusatzbericht und schliessen mit dem Wunsch, dass die verschiedenen laufenden Planungen so richtig in Fluss kommen und nicht den Bach runtergehen. Und da und dort zeitnah ein Winterthurer Fliessgewässer mehr Sichtbarkeit, Zugänglichkeit und/oder Ökologie erfährt - bevor er zu einem Hitzeopfer wird... Vielen Dank.

Obwohl mir der Bericht insgesamt leider fast mehr Fragen als Antworten aufgibt, nehmen wir ihn zustimmend zur Kenntnis.

Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kathrin. Kurz zur Klärung, Benedikt Oeschger: Du hast keinen Antrag auf einen Zusatzbericht o.ä. gestellt?

B. Oeschger (GLP): Nein. Die GLP fordert keinen Zusatzbericht. Man wird die entsprechenden Fragen in der Kommission klären.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Okay. Dann hat als Ersatz für Benedikt Zäch das Wort Livia Merz (SP).

L. Merz (SP): Ich habe dieses Votum gleich doppelt geerbt: Ich lese es in Vertretung des kranken Selim Gfeller, der seinerseits den zurückgetretenen Benedikt Zäch zitiert.

Wir danken dem Stadtrat für den Bericht.

In Winterthur trauern ja einige immer noch einem See nach, den Winterthur von der letzten Eiszeit nicht geschenkt bekommen hat. Dabei geht gerne vergessen, dass wir über ein reiches Netz von fliessenden Gewässern verfügen in dieser Stadt; genannt seien da nur die Töss, die Eulach, der Mattenbach, der Chrebsbach und die zahlreichen durch Quellen gespiesenen Bäche auf dem Eschenberg.

Vor allem die grösseren Gewässer, namentlich die Eulach, sind durch die Siedlungsentwicklung im 20. Jahrhundert zunehmend in den Untergrund verbannt oder kanalisiert worden. Die

Freilegung dieser Gewässer hätte ein grosses Potenzial, nicht nur für die Naherholung, sondern auch für die biologische Vielfalt.

Durch das Lesen des Postulatsberichtes wird klar, dass es nicht nur im Strassenverkehr eine Kaskade von Kompetenzen und Planungsinstrumenten gibt, sondern auch im Bereich der Gewässer. Es gibt Instrumente mit nicht ganz einfachen Namen (Kathrin hat den Buchstabsalat ja auch schon vorgetragen) wie «Genereller Entwässerungsplan» (GEP), den «Generelle Wasserbauplan» (GWBP) und das «Generelle Wasserversorgungsprojekt» (GWP). Nicht ganz einfach, da durchzublicken.

Es zeigt sich, dass das Thema Gewässer in den vergangenen Jahren eher eine tiefe Priorität gehabt hat. Dies ist zum einen sicher den tiefen Ressourcen geschuldet, zum anderen wahrscheinlich aber auch, weil unsere Flüsse und Bäche erst in den vergangenen Jahren schon fast eine Renaissance als Naherholungsgebiet erlebt haben. Dadurch ist auch die Aufmerksamkeit zum Thema gestiegen.

Wir interpretieren die Antwort des Stadtrates so, dass die meisten Gewässerprojekte, welche die Flüsse und Bäche zugänglicher und ökologischer machen sollen, vor allem vom Kanton geplant und finanziert werden. Wir als Stadt kümmern uns offenbar eigentlich mehr um die nicht so spektakulären Themen wie: Ersatz von Baumrechen am Hornbach, Hochwasserschutz vom Veltener Dorfbach oder neue Linienführung vom Steglibach

Somit liegt die Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt mehrheitlich beim Kanton. Eine Ausnahme ist der Mattenbach, und da freuen wir uns auf ein spannendes neues Projekt. Wir sind erfreut, dass mit der Überarbeitung des GEP und GWBP Bewegung in die Sache kommt. Wir laden den Stadtrat in diesem Rahmen dazu ein, noch kreativer auf die Winterthurer Gewässer zu schauen.

Für uns ist das Postulat somit erledigt.

A. Würzer (EVP): Wir bedanken uns auch bei den zuständigen Behörden für den Bericht zu diesem Postulat. Darin wird über sehr vieles sehr Interessantes berichtet – und dafür möchten wir uns an dieser Stelle wirklich bedanken.

Doch nochmals zur Erinnerung (Benedikt hat es auch schon erwähnt): Der Antrag des Postulats lautete eigentlich: «Der Stadtrat wird eingeladen, Projekte und Massnahmen zur ökologischen Aufwertung und erhöhten Zugänglichkeit der Winterthurer Fliessgewässer vorzulegen, welche sich für die kantonale Teilfinanzierung durch das Projekt #hallowasser und das Förderprogramm Vielfältige Zürcher Gewässer eignen.»

Zwar erwähnt der Stadtrat unter Kapitel 4 vom Bericht abschliessend, dass schon zwei verwaltungsinterne Koordinationssitzungen stattgefunden haben und mögliche Ideen für Gewässerzugänge, die sich im Rahmen vom Förderprogramm umsetzen lassen würden, in einem Übersichtsplan zusammengetragen worden sind. Und die Detailprüfung solle mit den kantonalen Fachstellen im Zusammenhang mit der Umsetzung der entsprechenden Projekte vorgenommen werden.

Dies ist natürlich grundsätzlich positiv zu bewerten. Gleichzeitig hätten wir uns aber gewünscht, dass der Stadtrat schon einiges konkreter in seinem Bericht würde. So aber müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Antrag vom Postulat im Wesentlichen noch nicht erfüllt worden ist – oder vielleicht auch noch nicht erfüllt werden konnte. Darum werden wir den Bericht auch negativ zur Kenntnis nehmen. Im Wissen - oder besser gesagt, wohl eher in der Hoffnung -, dass der Stadtrat in dieser Thematik aktiv ist, werden wir aber auf einen Ergänzungsbericht verzichten und der Abschreibung auch zustimmen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Alex. Dann ist als nächster an der Reihe als Ersatz für den Miteinreichenden Urs Hofer für die FDP Felix Helg.

F. Helg (FDP): Zuerst vielen Dank an den Stadtrat und die beteiligten Mitarbeitenden für die Darstellung der Thematik im Postulatsbericht. Die FDP-Fraktion hat das Postulat unterstützt.

Sie stimmte dem Ansatz zu, Projekte zur ökologischen Aufwertung und besseren Zugänglichkeit der Winterthurer Fließgewässer mit bereits reservierten kantonalen Geldern weiter zu verfolgen.

Der Postulatsbericht lässt allerdings dann doch eine gewisse Ratlosigkeit zurück. Der Text hat, um das Votum von Benedikt Oeschger aufzugreifen, tatsächlich sehr lange Mäander-Schlaufen. Von den 7 ½ Berichtsseiten befassen sich rund 4 Seiten mit den komplexen planerischen Grundlagen zum Gewässerraum und zum Gewässerschutz und zum Hochwasserschutz im Allgemeinen. Es fehlen aber aus unserer Sicht konkrete Ausführungen, nach denen mit dem Postulat nachgefragt wurde. Alex Würzer hat es gerade eben gesagt, es heißt ja dann auch in der Postulatsforderung: «Projekte und Massnahmen [...] vorzulegen». Der Stadtrat nennt im Bericht die beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen, um diese Projekte weiter voranzutreiben. Das ist natürlich eine Tatsache. Aber man kann wohl auch einiges dadurch erreichen, dass man nicht nur neue Projekte initiiert, sondern auch solche zu neuem Leben erweckt, die es bereits gibt. Ich denke da an das Projekt «Leitbild Naherholung Töss». Seit 2013 gibt es dieses Projekt, und es wurden auch ein paar punktuelle Massnahmen umgesetzt, so etwa der Zugang zur Töss beim sogenannten «Rieterpäckli» bei der Metzgerbrücke im Quartier Nägelsee. Aber da, gerade bei diesem Projekt, gäbe es doch noch einiges Potenzial. Von all dem ist aber im Postulatsbericht nichts zu lesen.

Die Grundaussage des Stadtrates im Bericht, sich in die beiden kantonalen Förderprogramme «Vielfältige Zürcher Gewässer» und «#hallowasser» einzuklinken, begrüssen wir, aber wir hätten im Bericht mehr konkrete Darlegungen erwartet.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt den Bericht zum Postulat positiv zur Kenntnis. Wir stimmen entsprechend auch der Abschreibung zu.

Trotzdem müssen wir auf den Widerspruch im Postulat von ökologischer Aufwertung und dem zugänglich machen für die Bevölkerung hinweisen. Die Stadtbevölkerung, die am und im Fluss Erholung sucht, hat selten dieselben Bedürfnisse wie Fische und Wasserläufer. Diese Interessen am selben Ort zu vereinen, wird kaum möglich sein beim Umbau eines Baches. Dieser Konflikt wird in den Hegmatten beispielsweise damit aufgehoben, dass der Zugang zum Wasser für Menschen ausdrücklich und explizit verboten ist. Dies ist aus Sicht der Ökologie verständlich, entspricht aber nicht dem gängigen Bild einer Flussbadi.

Die Mitte/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass betreffend Zugänglichkeit für die Bevölkerung mit Augenmaß vorzugehen sei. Es braucht Erholungsgebiete am Wasser, es braucht aber auch die ausgeschiedenen Gebiete für Fische, Wasservögel und Kleinlebewesen, wo diese sich entwickeln und sein können. Und entsprechend stehen wir z.B. einer stehenden Surf-Welle in der Töss sehr skeptisch gegenüber.

Allfällige Projektverzögerungen, die im Postulatsbericht angetönt werden, aufgrund knapper Ressourcen, sind für uns nachvollziehbar. Wie danken dem Stadtrat explizit, dass er auf Personalaufstockungen für diese Massnahmen verzichtet und neben der Ökologie auch die finanzielle Ökologie der Stadtfinanzen im Blick hat. Merci.

Stadträtin Ch. Meier: Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass man sich gerne mehr erhofft hätte von der Beantwortung dieses Postulats. Auch wir würden wahnsinnig gerne sehr viel mehr machen.

Es ist so, dass wir einfach sehr begrenzte Ressourcen haben, und zwar einerseits finanziell begrenzte Ressourcen und andererseits personell. Es ist so, dass bei Gewässerprojekten die finanziellen Ressourcen tatsächlich nicht so wahnsinnig ins Gewicht fallen, weil Gewässerprojekte einen sehr hohen Anteil von Finanzierungen geniessen. Der Kanton zahlt sehr viel mit, es gibt sehr viele Stiftungsangebote und sonstige Finanzierungsmöglichkeiten. Die Investition selbst ist nicht mal das eigentliche grosse Problem, sondern es sind – und deshalb waren wir auch etwas ausführlicher – die sehr komplexen planungsrechtlichen Aspekte und es sind unsere personellen Ressourcen. Und begrenzte Ressourcen führen halt leider immer dazu, dass sich Projekte gegenseitig konkurrieren – und das ist auch hier der Fall.

Selbstverständlich haben wir auch Verständnis dafür, dass man gerne noch mehr wissen möchte, wo wir im Moment in der Planung von solchen Gewässerprojekten stehen. Wenn die Kommission das wünscht, stehen wir sehr gerne zur Verfügung, da mal für Fragen und für Diskussionen vorbeizukommen. Da spiele ich gerne den Ball der Kommissionspräsidentin zu und dann vertiefen wir das gerne weiter.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über die positive oder negative Kenntnisnahme ab, dann über die Abschreibung des Postulats.

Abstimmung über die positive oder negative Kenntnisnahme.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Der Bericht wird mit 38:15 bei 0 Enthaltungen positiv zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Abschreibung des Postulats.

A = Abschreibung des Postulats, B = das Gegenteil.

Abstimmungsergebnis: Das Postulat wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig abgeschrieben.

17. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.91: Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Angele (SVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Tempo 30 im Breite-Vogelsang-Quartier

Parlamentspräsident Ph. Weber: Beantwortung der Interpellation betreffend Tempo 30 im Breite-Vogelsang-Quartier. Als Erster hat das Wort der Ersteinreichende Andreas Geering (Die Mitte/EDU), wenn er denn möchte.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Er möchte, vielen Dank.

Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation trotz inhaltlicher Differenzen. Ein paar Gedanken von uns zum Tempo-Regime im Breite-Vogelsang-Quartier: Ganz grundsätzlich stehen Wohnen und Verkehr offensichtlich in einem Konflikt. An verkehrsorientierten Strassen wie der Unteren Vogelsangstrasse wurde verdichtet Wohnraum gebaut. Dem entsprechenden Gestaltungsplan haben wir damals zugestimmt. Dies führt jetzt dazu, dass mehr Menschen überhöhten Lärmwerten ausgesetzt sind. Was ist die Konsequenz? Lehnen wir künftig Gestaltungspläne ab, durch die eine Verdichtung stattfinden soll, weil dann mehr Menschen von Lärm belastet werden? Dies kann nicht die Lösung sein.

Trotzdem, der Konflikt ist vergleichbar zu den Konflikten, wenn Menschen neben einer Kirche, neben einen Sportplatz oder neben einen städtischen Park ziehen. Mehr Menschen leben neben Lärmquellen, was im Resultat zu mehr lärmbelasteten Menschen führt. Es ist eine Konsequenz der Verdichtung, dass mehr Menschen von Lärm belastet werden. Trotzdem können wir die Lärmquellen nicht einfach aus der Stadt entfernen - weder die Kirchen noch die Sport- und Parkanlagen und auch den motorisierten Verkehr können wir nicht komplett vernichten. Andererseits ist auf der Breitestrasse aktuell Tempo 40 signalisiert. Der Effekt zu einer Reduktion auf Tempo 30 kann (salopp ausgedrückt) als wenig wahrnehmbar bezeichnet werden.

In der Beantwortung der Interpellation wird aufgezeigt, dass für Stadtbus ein Verzögerungseffekt entsteht, welcher für den einzelnen Passagier vielleicht in einem kleinen Bereich liegt, aber doch ein früheres Aufstehen bedingt, damit man trotzdem den richtigen Zug am Hauptbahnhof noch erwisch. In der Summe führt das aber trotzdem zu Mehrkosten von 285'000 Franken pro Jahr führt. Auch wenn in diesem Beispiel von der Breitestrasse oder vom Breite-

Vogelsang-Quartier die Mehrkosten zu Lasten des ZVV gehen, werden diese Mehrkosten über Steuern finanziert. Durch flächendeckend Tempo 30, das geplant und anvisiert ist, werden jährlich wiederkehrende Mehrkosten in Millionenhöhe verursacht werden, das hat uns der Stadtrat schon vor längerer Zeit kundgetan. Künftig wird der Grossteil dieser Mehrkosten in Winterthur anfallen und nicht mehr an den Kanton abdelegierbar sein.

Die Fraktion nimmt die Beantwortung dieser Interpellation zur Kenntnis.

Ph. Angele (SVP): Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung unserer Interpellation zum Thema Tempo 30 im Vogelsang-Quartier. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Zu erwähnen bleibt: Bei der Auswirkung auf den öffentlichen Verkehr wird klar, dass Tempo 30 so nicht kostenlos an uns vorbeigeht. Die Antwort nennt die Mehrkosten von 285'000 Franken, welche in den Finanzplan 2026 ff. in die Produktgruppe 732 eingestellt werden. Ergo wird Tempo 30 die Stadtfinanzen auch weiterhin belasten.

Bei den Auswirkungen auf die Reisezeit wird auch klar, dass das hier im Minutenbereich ist, das wurde so geschrieben. Man könnte ja meinen, dass das irgendwie verkraftbar ist, da es ja im Minutenbereich ist. Aber was es zu bedenken gilt, ist, dass die Anschlüsse und alles weiterhin gewährleistet werden müssen. Wenn das nicht mehr garantiert hat, widerspiegelt sich das in einem negativen Verhalten oder Empfinden der ÖV-Qualität.

Das einzige Positive aus unserer Sicht ist, dass die Haltestellen weiterhin alle bedient werden. Das estimieren wir sicher als positiv. Somit vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ch. Maier (FDP): Besten Dank für die Antwort. Sie liest sich für uns wie ein Verwaltungs-Kunststück: Die 285'000 Franken Mehrkosten für Tempo 30 auf der Linie 4 verschwinden elegant im ZVV-Fahrplan – und das ganz ohne politische Grundsatzentscheidung. Chapeau! 2021 hiess es noch, der Kanton müsse die Finanzierung klären. Heute reicht ein technischer Antrag von Stadtbus Winterthur – und zack: Der Verkehrsrat nickt es dann durch.

Doch damit nicht genug: Der Stadtrat begründet Tempo 30 ausschliesslich mit dem Lärm-schutz. Nur: Wer den Lärm wirklich senken will, der sollte dann schon zum stärksten Mittel greifen – dem Flüsterbelag. Und genau den könnten wir bald haben! Denn die Breitestrasse wird ja ohnehin saniert.

Zur Erinnerung: Die Lärmreduktion durch Tempo 30 beträgt gerechnet 2.9 Dezibel, gemes-sen erreicht sie dann 1.6–1.7 Dezibel. Wenn man nur von 40 auf 30 reduziert, ist die Reduk-tion noch ein bisschen tiefer.

Ein Flüsterbelag erreicht gemessene 6 Dezibel Reduktion und auch nach 10 Jahren immer noch 3 Dezibel.

Und noch ein Zitat aus Zürcher Umweltpraxis und Raumentwicklung 109, «Wie lärmarme Be-läge die Strassen im Kanton leiser machen» (Zitat): «Die akustisch wirksamsten Beläge wei-sen zwar eine kürzere Lebensdauer auf als herkömmliche Beläge und führen daher zu erhö-heten Kosten für die Bauträger. Eine im Auftrag des BAFU erstellte Studie ([...]) zeigt jedoch, dass die Vorteile lärmärmer Beläge aus der Nutzungsphase die Nachteile aufgrund ihrer kür-zeren Lebensdauer überwiegen. Die Studie hob dabei neben dem verbesserten Lärmschutz als wesentlichen Vorteil auch einen geringeren Treibstoff- bzw. Energieverbrauch wegen des geringeren Rollwiderstands hervor.»

Da stellt sich jetzt doch die Frage: Warum Tempo 30, wenn es mit einem lärmarmen Belag leiser und ohne 285'000 Franken Mehrkosten pro Jahr ginge? Und wenn der Lärmschutz das Hauptargument ist – dann muss Tempo 30 konsequenterweise nach der Sanierung durch ei-nen lärmarmen Belag auch wieder weg. Alles andere wäre nicht nur schwer erklärbar, son-dern auch ein Widerspruch in sich.

Kurz: Der Stadtrat verkauft uns hier eine Lärmschutzmassnahme mit eingebauter Kostenex-plosion, die bald durch den neuen Asphalt überflüssig werden könnte. Ob die Mehrkosten nun in der Stadt oder beim ZVV auftreten, ist völlig Wurst, zahlen muss es ja ohnehin der Bürger

Wir nehmen die Antwort deshalb negativ zur Kenntnis. Danke vielmals.

J. Praetorius (Grüne/AL): Auch von unserer Seite: Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat vielmals für die Antwort, die wir positiv zur Kenntnis nehmen. Die Antwort auf den seltsamen Fragekatalog, der unseres Erachtens schon ein erbitterter Versuch ist, Gründe gegen die Temporeduktion zu finden. Und mehr nicht.

Wie zu erwarten war, hat das Gutachten nach Art. 108 der Signalisationsverordnung das geklärt und eine Reduktion der signalisierten Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h als nötig, zweck- und verhältnismässig erachtet.

Kurzer Einschub noch für die Anschaffung des zusätzlichen Fahrzeugs: Das ist natürlich auch nicht steuerfinanziert, sondern wird durch die Gebühren gedeckt, und das ist dementsprechend auch nicht ganz so schlimm.

Bei all den Fragen generell zu den Buslinien könnte man ja fast schon meinen, die Initiant:innen würden sich sehr für den ÖV starkmachen und es sei ihnen ein Herzensanliegen. Ich hoffe, auch die paar Sekunden mehr Wartezeit sind zu verkraften.

Mit der Interpellation handelt es sich schon um einen Versuch, nach Angriffsflächen gegen das Tempolimit zu suchen. Es handelt sich am Ende um einen unnötigen Aufwand für die Verwaltung. Die generelle Stossrichtung sollte uns allen bewusst sein und wird nochmals unterstrichen: Nämlich hin zu einem ruhigeren, sicherer und gesünderen Strassenraum. Besten Dank.

M. Nater (GLP): Merci für die Antwort des Stadtrats. Es gibt eigentlich nur etwas zu sagen und zwar: Das Gutachten sagt oder kommt zum Schluss, dass eine Reduktion der signalisierten Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h nötig, zweck- und verhältnismässig ist.

Wie Andreas Geering gesagt hat, ist es ein Konflikt zwischen ruhigen Quartieren und schnelllem Vorwärtskommen. Was klar ist: Dass der Verkehr der Verursacher des Lärms ist. Wenn es hier eine einfache Lösung mit einer Temporeduktion gibt, dann kostet das. Das nennt man dann halt Kostenwahrheit.

Von daher nehmen wir von der GLP die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis.

L. Merz (SP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation.

Ich kenne die Untere Vogelsangstrasse sehr gut – ich fahre sie nämlich jeden Tag mit dem Velo. Auch etwa täglich rutscht mir einmal das Herz in die Hose, weil ich irgendwo unverantwortlich nahe von einem mit 50 vorbeirauschenden Auto überholt werde. Die Strasse ist offensichtlich zu eng (sie hat nicht einmal einen Mittelstreifen), dass sich zwei Autos mit 50 kreuzen könnten und dabei eine Velofahrerin mit angemessenem Abstand überholen könnten.

Und, das muss ich Euch nicht sagen, die Breitestrasse ist im Vergleich zur Unteren Vogelsangstrasse – der Name täuscht da gewaltig – noch deutlich weniger breit. Sie ist schmal und die Häuser stehen wahnsinnig nah an der Strasse. Ausserdem ist es ein Schulweg und die Trottoirs sind an vielen Stellen sehr, sehr schmal.

Dass Tempo 30 das Velofahren und das Zufussgehen deutlich sicherer macht, ist nicht nur meine subjektive Einschätzung auf der Unteren Vogelsangstrasse. Tempo 30 reduziert schwere Verkehrsunfälle für Velofahrende und Fussgänger:innen um mindestens einen Drittel, wie die Beratungsstelle für Unfallverhütung analysiert hat.

Wenn mehr Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmenden bedeutet, dass wir in den Nebenverkehrszeiten einen zusätzlichen Bus finanzieren müssen; dann nehme ich diese Kosten sehr gerne in Kauf.

Ein zweiter wichtiger Grund für Tempo 30, wir haben es schon gehört, auf dieser Strecke ist der Lärm. Im Tagesanzeiger hatte es gerade letzte Woche eine interaktive Lärmbelastungskarte. Diese ist sehr interessant, ich kann Euch allen empfehlen, diese mal anzuschauen.

Man kann gut sehen, wo man in Winterthur unter Strassenlärm leidet. Was man sieht – und das steht ja auch schon in der Interpellationsantwort: Die Lärmbelastung auf der ganzen Unteren Vogelsangstrasse und der Breitestrasse ist sowohl am Tag als auch in der Nacht über dem zulässigen Grenzwert.

Ständiger Strassenlärm macht nachweislich krank. Und ja, Andreas, da gebe ich Dir Recht: Wir können die Lärmquellen nicht komplett aus dieser Stadt vernichten. Aber wir können sie doch wirksam reduzieren, und zwar mit einem einfachen Mittel, das nebenbei unsere Straßen für die schwächsten Verkehrsteilnehmenden auch noch viel sicherer macht, was ja ein Flüsterbelag nicht machen würde. Mit Tempo 30 reduziert sich die Lärmbelastung an der Breitestrasse und Unteren Vogelsangstrasse um knapp 3 Dezibel. Das entspricht einer wahrgenommenen Halbierung der Verkehrsmenge, was doch einiges ist.

Auch für den Lärmschutz nehme ich die Kosten für einen zusätzlichen Bus also sehr gerne in Kauf.

Nicht alle Menschen in Winterthur haben nämlich das Glück – oder die finanziellen Mittel – in einem verkehrsberuhigten Einfamilienhausquartier zu wohnen. Auch an den Hauptstrassen in dieser Stadt wohnen Leute. Und auch diese Menschen haben ein Recht auf Sicherheit und Lärmschutz. Für die Anwohnenden ist Tempo 30 darum ein Gamechanger.

Sicherheit und Lärmschutz sind zentrale Elemente für eine lebenswerten Stadt. Und Tempo 30 ist ein entscheidender Hebel dafür, weil es eben für beides hilft.

Aber genau dieser Hebel ist gerade akut in Gefahr, Ihr wisst es: Als neuster Streich will Bundesrat Albert Rösti den Städten Tempo 30 per Verordnung erschweren. Als Winterthurer:innen müssen wir diese unföderalistischen und undemokratischen Angriffe auf den Handlungsspielraum der Städte jetzt entschieden abwehren. Und ich lade Euch, liebe Ratskolleg:innen, dazu ein, Euch bei Euren Parteigänzli im Kanton und im Bund dafür einzusetzen, dass uns dieser Handlungsspielraum nicht weggenommen wird. Vielen Dank.

M. Wäckerlin (SVP): Einfach noch ein paar Punkte: Zum einen, es ist ja schon 40, es ist ja schon reduziert – bevor man überhaupt auf 30 geht.

Das Zweite ist: Es gibt schon einen Flüsterbelag. Übrigens ein interessanter Fun-Fact: Wenn ich mit dem Auto dort fahre – es ist ein offenes Cabrio, da hört man sehr gut, auch den Lärm, den man selbst produziert mit den Rädern - da merke ich deutlich, wie viel leiser es ist, wenn ich auf dem Flüsterbelag bin. Und dann rattert es wie verrückt, wenn ich über die Fahrbahnhaltestellen fahre (so viel zum Thema Fahrbahnhaltestellen, die sind ein Blödsinn) und nachher ist es dann wieder leise.

Und dann, was der Stadtrat immer wieder vergisst, ist, dass ja sowieso mittelfristig der Verkehr elektrifiziert wird und damit eigentlich der Motorenlärm dann sowieso wegfällt.

Das heißt, es gibt jetzt hier einfach einen politischen Aktionismus, mit dem Resultat, dass man am Schluss zwei Minuten länger hat und auf so einer kurzen Strecke zwei Minuten verliert. Wenn wir dann am Schluss in der ganzen Stadt Tempo 30 haben... Und das ist ja dann – wenn ich das richtig verstanden habe – die Differenz zwischen Tempo 40 und Tempo 30, zwei Minuten; sonst wären es vier. Du schüttelst den Kopf, Christa, Du kannst es nachher erklären. Vielleicht habe ich das falsch verstanden, das ist ja egal. Das ist einfach ein politischer Aktionismus, der uns viel Geld kostet, der völlig unnötig ist.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Julius, Du hast der Mitte/EDU-Fraktion unterstellt, wir würden quasi den ÖV als trojanisches Pferd nutzen, um das Autofahren zu fördern. Und das ist jetzt halt gelinde gesagt eigentlich doch nur «Chabis» und schlechte Beobachtung der Polit-Szene oder unserer Politik über die letzten vielen Jahre.

Die Mitte/EDU-Fraktion und Die Mitte auch als Partei setzt sich durchaus für eine Verlagerung des Individualverkehrs auf den ÖV ein. Es ist unser Ziel, dass der Modalsplit sich verändert zugunsten des ÖV, damit wir künftig irgendwann zu dem Tag kommen, an dem wir einen Drittel ÖV haben werden und nicht mehr die ca. 20%, die wir heute haben. Aber wenn man den ÖV mit Verkehrsmassnahmen unattraktiv macht, werden wir das einfach nicht erreichen. Und ich habe das einmal an einem anderen Beispiel gerechnet, vom Wülflinger Lindenplatz bis zum Hauptbahnhof. Wenn dort der Bus Tempo 30 fahren muss, dann ist das eine Verzögerung von 5-10 Minuten. Und dann muss man einen Bus früher gehen, damit man den Zug noch erwisch – und dann wird einfach die ÖV-Reisekette nicht mehr attraktiv, wenn man

gleichzeitig hintendurch fahren könnte mit dem Auto und schneller am Ziel wäre – egal, wo dann dieses Ziel ist ausserhalb der Stadt.

Weiter sagst Du, die Kosten seien gebührenfinanziert. Das ist auch wieder so halb wahr. Beziehungsweise das ist wenigstens halb wahr, das andere war ja gar nicht wahr. Natürlich zahlen wir alle Billete, wenn wir den ÖV nutzen. Und die Kosten für die Billete spüren wir im Portemonnaie viel direkter als das Benzin. Das Benzin merken wir seltsamerweise nicht so, das ÖV-Billet schon. Aber: Der ZVV ist nicht kostendeckend. Der ZVV hat jährlich ein sehr grosses Defizit. Vielleicht kann uns das nachher die zuständige Stadträtin in der Replik noch sagen, wie viel das ist. Oder sonst müsste man in einer Anfrage einmal einen anderen Stadtrat fragen, der das weiss, oder man kann es in den Rechnungsbüchern nachschauen. Es ist ein sehr grosses Defizit, das der ZVV jährlich einfährt und wofür die Stadt Winterthur auch etwas abgibt. Insofern: Nein, es ist nicht gebührenfinanziert, wenn wir zusätzliche ÖV-Kosten haben, sondern wir bezahlen das schlussendlich über die Steuern. Denn das Defizit wird mit den zusätzlichen Kosten nicht kleiner.

Und dann einfach noch als Letztes: Ich weiss nicht, ob Ihr dieses Tempo-Gutachten gelesen habt oder ob Ihr jetzt einfach daraus zitiert. Aber für mich war noch wesentlich bei diesem Tempo-Gutachten, als ich das studiert habe, dass überall bei den Zielen, was man erreichen will mit Tempo 30, die diesem Gutachten zugrunde liegen, natürlich ein Ziel Verkehrssicherheit und Lärm sind. Ein Ziel ist aber auch das Tempo-Regime der Stadt Winterthur. Und wenn man das schon bei den Grundlagen hineinnimmt, mit denen man ein solches Gutachten erarbeitet, dann ist für mich fraglich, wie neutral dann ein solches Gutachten erarbeitet wird. Ich habe geschlossen.

A. Steiner (GLP): Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber es hat mich jetzt trotzdem gekitzelt. Das eine ist: Wir bezahlen für den ZVV heute schon relativ viel Geld, und zwar, weil der Bus im Stau ist. Dafür zahlen wir insofern Bussen gegenüber dem Kanton. Mit Tempo 30 könnten wir das reduzieren und entsprechend wären es dann am Schluss gar nicht mehr so wahnsinig viel Mehrkosten.

Das Zweite, Marc: Die zementierten Bushaltestellen haben nichts mit den Fahrbahnhaltestellen zu tun. Du wirst vielleicht beobachten, dass jede Haltestelle betoniert ist. Der einfache Grund ist: Wenn ein Bus bremst, kann es mit der Zeit Spurrillen geben. Und je schneller der Bus ist, desto tiefer sind diese Spurrillen. Also eigentlich ein weiteres Argument, weshalb wir Tempo 30 brauchen. Besten Dank.

Ch. Maier (FDP): Ich möchte kurz etwas sagen zu Annetta, die jetzt gerade einen wunderbaren Aspekt eingebracht hat in die Diskussion. Und zwar ist ein bisschen aufgeblitzt: Tempo 30 einführen auf den Hauptverkehrsachsen. Ja, das führt zu gewissen Tageszeiten zu einer Reduktion der Geschwindigkeit, das finden wir nicht gut – dann kostet es mehr. Aber zu gewissen anderen Zeiten, wenn Du jetzt sagen würdest, ja, wir sind dafür, Tempo 30 einzuführen zu den Zeiten, in denen es jetzt Stau hat, wo Tempo 30 eine Tempo-Erhöhung wäre, da wären wir natürlich total dafür. Wenn wir flächendeckend Tempo 30 einführen würden und Du oder Ihr die Hand geben würden, dafür zu sorgen, dass dann der Verkehr wirklich fliest mit Tempo 30 den ganzen Tag, und die notwendigen baulichen Massnahmen machen würdet, die es braucht, um die Kapazität auszubauen, damit der Verkehr immer fliest mit 30 – da wären wir natürlich sofort dabei. Danke vielmals.

Stadträtin Ch. Meier: Ja, bevor ich mit meinem eigentlichen Votum beginne: Es wurden zwei Fragen gestellt. Lieber Andreas, es tut mir leid, aber die Zahlen der Rechnung des ZVV habe ich jetzt nicht einfach gerade so auswendig in petto.

Hingegen Marc kann ich mein Kopfschütteln kurz erklären. Es ist natürlich so, der Zeitverlust betrifft die ganze Busstrecke. Es ist so, die Breitestrasse ist jetzt Tempo 40 auf diesem Abschnitt. Und der Unterschied von 30 auf 40 ist natürlich nicht so viel. Aber andere Teile dieser

ganzen Busstrecke sind natürlich jetzt noch 50, die Zeughausstrasse und die untere Vogelangstrasse. Und dort ist der Unterschied dann natürlich grösser. Der Zeitverlust bezieht sich also auf die ganze Runde, die der Bus Nr. 4 fährt.

Ja, liebe Anwesende, es hat nie jemand behauptet, Tempo 30 sei gratis. Es ist aber so, dass Tempo 30 im Vergleich zu allen anderen Varianten, die es gibt, um den Lärm zu reduzieren, mit Abstand die günstigste Variante ist. Jawohl, es hat einen lärmarmen Belag auf der einen Seite der Breitestrasse, aber auch dann macht die Einführung von Tempo 30 nochmals eine deutliche Reduktion der Lärmelastung der Leute, die dort leben, aus. Also können wir diese beiden Massnahmen nicht einfach gegeneinander ausspielen, sondern wir müssen bei den Gutachten immer alle Aspekte anschauen. Und sehr häufig braucht es eine Kombination von einem lärmarmen Belag und einer Tempo-Reduktion, um die bestmögliche Lärmschutzlösung erarbeiten und ermöglichen zu können.

Tempo 30 an der Breitestrasse ist aufgrund eines breit abgestützten Wunsches aus der Bevölkerung – und da möchte ich klar sagen: Es kamen viele Leute auf mich zu, es wurde aus allen politischen Lagern angeordnet. Und das sind die Leute, die auch wissen, dass wenn sie den Lärmschutz und die zusätzliche Verkehrssicherheit bekommen, sie den Preis zahlen, dass wenn sie mit dem Bus in die Stadt fahren (das sind die gleichen Leute) ein bisschen länger brauchen. Das ist ein Preis, den man sehr gerne in Kauf nimmt.

Dass Tempo 30 die Attraktivität des ÖVs mindert, das stimmt so wirklich nicht. Leute, die den ÖV brauchen, sind immer Leute, die auch zu Fuss im Strassenraum unterwegs sind. Und diese profitieren davon, auf der Strecke, auf der sie zu Fuss sind, dass sie dann von der besseren Sicherheit des Strassenraums geschützt sind.

Und was für die Attraktivität des ÖV besonders wichtig ist, sind die zuverlässigen Anschlusszeiten. Und diese können wir mit einem verbesserten Verkehrsfluss sehr viel besser gewährleisten als dann, wenn der Bus im Stau steht, weil es schlicht einfach zu viele Autos hat.

Meistens ist das der Grund, weshalb es nicht vorwärtsgeht – und nicht, dass ein Täfelchen sagt, dass man nur 30 fahren dürfe.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Somit ist diese Interpellation behandelt und das Traktandum abgeschlossen.

18. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.6: Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), A. Würzer (EVP), K. Frei-Glowatz (Grüne) und G. Stritt (SP) betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Naturnetz Winterthur und Umgebung. Zuerst hat das Wort die Ersteinreichende Annetta Steiner (GLP).

A. Steiner (GLP): Es freut mich sehr, dass der Stadtrat anerkennt, dass ein Naturnetz Winterthur und Umgebung verschiedene Vorteile hätte. Es wäre zuerst einmal ganz sicher ein grosser Gewinn für die Vernetzung und damit für die Förderung der Biodiversität. Zudem gäbe es Synergien mit den Nachbargemeinden und es könnten gemeinsame, regionale Schwerpunkte gesetzt werden.

Ein Naturnetz als eigenständige Organisation hätte zudem den Vorteil, an zusätzliche Gelder zu kommen. Sei das wie bei den Beispielen vom Pfannenstil und vom Zimmerberg in Form von Stiftungen oder Vereinen; eine solche unabhängige Organisation gäbe eben auch die Möglichkeit, dass man noch zusätzliche Finanzierungen an Bord holen könnte, wie Sponsoren, Stiftungen etc., unabhängig von der öffentlichen Hand.

Jetzt gilt es, mit den Verbundsgemeinden der RWU und allenfalls mit dem Kanton eine sinnvolle Form zu finden, wie eine solche Zusammenarbeit organisiert sein soll. Und wie man von

diesen Vorteilen profitieren könnte, damit man da relativ viele zusätzliche Gelder akquirieren könnte.

Was im Moment schwierig zu beurteilen ist: Mit wie viel Enthusiasmus der Stadtrat dazu beiträgt, dass es jetzt wirklich zeithnah vorwärts geht, dass dieses Naturnetz auch gegründet wird. Wir hoffen natürlich, dass die Stadt Winterthur seit der Beantwortung des Postulats aktiv geworden ist und sich eingebracht hat. Wir wünschen uns einen regelmässigen Bericht zum Projektstand - unter anderem eben auch heute Abend.

Wir nehmen die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis und hoffen, dass es vorwärts geht. Besten Dank.

A. Würzer (EVP): Bei der Begründung des Postulats habe ich damals den Stadtrat gebeten, nicht lediglich wieder den Papiertiger im Raum Winterthur anzusiedeln. Stadtrat Fritschi hat uns damals versichert, dass der Papiertiger eine artfremde Spezies sei, die in Winterthur keinen Platz hätte. Gleichzeitig sei es aber auch eine unmögliche Aufgabe, die man ihm respektive dem Stadtrat damit aufgedrückt habe.

Jetzt, wo ich diesen Bericht gelesen habe, stelle ich fest, dass sich der Papiertiger womöglich doch wieder in Winterthur angesiedelt haben könnte. Die Frage sei erlaubt, ob sich das verängstigte Wesen in der Zeit seit der Überweisung des Postulats in den dichten Wäldern von Winterthur versteckt gehalten hat und sich vielleicht noch ein bisschen unsicher fühlt, aktiv auf Beute zu gehen respektive die notwendigen Abklärungen über sein Territorium hinaus vorzunehmen.

Interpretiert als zumindest eine verbindliche Absichtserklärung des Stadtrates, den armen Tiger aus seinem Gehege herauszulassen, werden wir den Bericht aber zustimmend zur Kenntnis nehmen und erwarten gespannt die weiteren Schritte des Tigers und werden uns interessiert auf seine Fährte begeben.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Nehmen wir einmal die Schmetterlinge, Nachtfalter und Wildbienen: Der Insektenchwund ist besorgniserregend, auf den Wiesen ca. zwei Drittel, in den Wäldern knapp die Hälfte. Die Gründe liegen in der intensiven Landwirtschaft, dem Pestizideinsatz, dem Klimawandel und dem Lebensraumverlust. Es ist also klar: Die Natur ist unter Druck und braucht endlich mehr Support. Auch bei uns. Und damit zur Weisung.

Etwas mehr als ein Jahr ist es her, seit der Überweisung des Naturnetz-Postulats. Der städtische Kommentar hatte mich damals nicht sehr optimistisch gestimmt, ich habe es ähnlich wahrgenommen wie Alex und ich habe gehört, das führe wahrscheinlich zu nichts und – ich muss ihn jetzt auch nochmals zitieren – würde höchstens den Papertiger, aber keine einzige heimische Tierart anziehen.

Und tatsächlich: Über viele Jahre sind in der RWU vor allem die Interessen der Landwirtschaft stark vertreten worden und das erste Landschaftsentwicklungskonzept in der Region Winterthur - das LEK Ohringen-Wiesendangen, das sich neben dem Lärmschutz auch der Biodiversitätsförderung verschrieben hat, ist erst vor ein paar Jahren durch den A1-Ausbau angestossen worden:

Aber nach dem Lesen der Weisung - für die wir dem Stadtrat sehr danken – und dem öffentlich einsehbaren RWU-Delegiertenversammlungspapier kann man sehen: Da ist sehr wohl etwas gegangen in diesem Jahr. An dieser besagten RWU-DV (Delegiertenversammlung) im Juni (also erst vor ca. 2 Wochen) ist ein Naturnetz nämlich zuoberst auf der Agenda gestanden. Ob dies auch passiert wäre ohne unser Postulat, entzieht sich meiner Kenntnis und ist auch nicht wichtig. Auf jeden Fall hat der RWU-Vorstand (und damit auch Stadtrat Fritschi) damit bewiesen, dass er wenigstens eine ernsthafte Prüfung eines solchen Naturnetzes sehr wohl durchführen will.

Um sich aus erster Hand zu informieren, hat er auch prompt den Präsidenten des Naturnetzes Pfannenstil, Meisterbauer und Betriebsleiter vom Biohof Frohberg, Hansueli Müller, eingeladen. Dieser hat den RWU.-Delegierten das Naturnetz Pfannenstil detailliert und sicher v.a. mit den Vorteilen vorgestellt. Vom kommenden Herbst bis Frühjahr 2026 wird in den Re-

gionen noch einmal informiert, die Bedürfnisse abgeholt und Fragen geklärt. Mit von der Partie wird natürlich die Landwirtschaft und der Naturschutz, vertreten durch die verschiedenen Stakeholder, sein. Das Budget ist auch schon gesprochen.

Geklärt werden muss noch die Trägerschaft, sei sie innerhalb oder auch ausserhalb der RWU. Wenn es Naturschutzvereine sein müssen, muss die RWU zumindest (das ist unsere Meinung) in der Anfangsphase den Aufbau übernehmen, denn die Naturschutzvereine dazu nicht das nötige Knowhow haben.

In einem Jahr, bei der nächsten RWU-DV, wird der Grundsatzentscheid für die Einführung eines Naturnetzes gefällt werden. Weil aber die bestehenden Naturnetze zeigen, dass die Landwirte durch die gezielte Beratung und Anpassung an die sich ständig ändernde nationale Agrarpolitik auch zusätzliche Beiträge abholen können, kann ich mir kaum vorstellen, dass nicht auch eine Mehrheit der RWU-Gemeinden rund um Winterthur sich für das Naturnetz entscheiden werden.

Zusammenfassend: Wir danken dem Stadtrat für den Bericht. Die Nägel mit Köpfen für ein Naturnetz liegen blitzblank bereit, nur eingeschlagen werden, das müssen sie noch. Vielen Dank.

G. Stritt (SP): Auch die SP dankt dem Stadtrat für den Postulatsbericht mit den umfassenden Ausführungen zum Naturnetz Pfannenstil und Zimmerberg sowie auch zu den Aktivitäten der Regionalplanung Winterthur und Umgebung.

Es ist bedauerlich, dass bis 2011 keine Notwendigkeit erkannt wurde für die Erarbeitung eines Landschaftsentwicklungskonzeptes. Umso wichtiger ist es, dass seither Bewegung in die Sache gekommen ist. Es ist auch verständlich, dass sich die Entwicklung des Naturnetzes Pfannenstil, das 1998 gegründet wurde, nicht unbedingt 1:1 als Vorbild eignet; aber als Wegweiser ist es sicher nach wie vor zu brauchen.

Dass zwischenzeitlich auf verschiedenen gesetzlichen Ebenen Instrumente geschaffen wurden, um ökologische Leistungen zu fördern, ist zwingend notwendig und wichtig.

Das regionale Raumordnungskonzept ROK, das 2011 vom RWU geschaffen wurde, ist sicher sinnvoll und befasst sich mit wichtigen Themen des Landschaftsschutzes und der Vernetzung. Allerdings ist dieses Konzept sehr allgemein gehalten und entspricht deshalb nicht unbedingt den eigentlichen Zielen des Postulats.

Es ist natürlich erfreulich, dass der Stadtrat erkannt hat, dass ein Naturnetz auch für die Region Winterthur einen Mehrwert bringen würde, insbesondere für die Vernetzung und – wie wir vorher schon gehört haben – auch für die Beschaffung von zusätzlichen Mitteln. Und einen Beitrag leisten würde zur Landschafts- und Biodiversitätsförderung.

Was die Organisation betrifft, wäre das beim Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung sicher gut angesiedelt, denn immerhin sind diesem Zweckverband 22 Gemeinden angeschlossen. Würde sich eine andere Organisation bereiterklären, sich regional für ein verbindliches Naturnetz zu engagieren, könnte man diese Option natürlich auch prüfen.

Wir hoffen jetzt sehr, dass sich Winterthur als Verbandsgemeinde im RWU sehr und mit Vehemenz für die Gründung eines Naturnetzes einsetzt und den positiven Nutzen mit den entsprechenden Argumenten hervorhebt.

Die SP nimmt den Postulatsbericht zustimmend zur Kenntnis und beobachtet mit Interesse die weiteren Entwicklungsschritte. Besten Dank.

R. Perroulaz (FDP): Einer Schaffung von vernetzten Projekten zu Biodiversität und Landschaftsförderung stehen wir derzeit, ehrlich gesagt, relativ neutral gegenüber. Für uns zählt am Ende eigentlich die Aussage, welche konkreten Vorteile sich für unsere Stadt gegenüber heute ergeben durch die Schaffung eines solchen Netzwerkes und was es effektiv kostet.

Auch relevant ist für uns, wie sich die umliegenden Gemeinden daran beteiligen. Es kann nicht sein, dass nur die Stadt – die Stadt hat natürlich den grössten Anteil als grösstes Mitglied der RWU, aber trotzdem ist auch ein grosser Anteil der übrigen Gemeinden gewünscht. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Stadt Winterthur und insbesondere Stadtgrün als zuständige Stelle und – und ich weiss, das ist ein Zufall – unser Stadtrat einen sehr guten

Job machen. Stefan, das wissen wir nicht, nicht immer, aber Stadtgrün macht einen sehr guten Job, insbesondere in der Landschaftsförderung. Nein, ich möchte nicht ihn loben, Ihr versteht mich. Er ist Vorsteher von Stadtgrün und es ist Zufall, dass Stadtgrün einen guten Job macht, natürlich mit unserem Kopf. Anyway, Ihr versteht es. Stefan versteht mich, das reicht mir eigentlich schon.

Persönlich empfinde ich gerade das umgesetzte Konzept des Biodiversitätsgebietes Totentäli als wegweisend. Wir alle konnten uns letztes Jahr beim Forstumgang davon überzeugen. Es ist das grösste zusammenhängende Biodiversitätsgebiet der Stadt Winterthur und bietet immense Qualitäten für Flora und Fauna. Es ist auch ein wertvolles Erholungsgebiet für unsere Stadtbevölkerung, also ein wahres Leuchtturmpunkt.

Gerade als waldreichste Stadt der Schweiz haben wir eine grosse Verantwortung dem gegenüber und bieten mit den eigenen Projekten, die wir schon umsetzen, eine sehr gute Grundlage für weitere Projekte.

Ob es also schlussendlich dieses Naturnetz braucht, möchten wir noch offenlassen und zu dem Zeitpunkt beurteilen, wo das dann in der Antwort kommt. Also in den nächsten Schritten. Wir nehmen die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis und möchten für die finale Beurteilung zur Schaffung eines Naturnetzes Winterthur und Umgebung die weiteren Resultate abwarten.

Das Thema wurde an der letzten Delegiertenversammlung der Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) Ende Juni besprochen und schlussendlich wird sich auch zeigen, wie dort die Delegierten entscheiden. Ein Alleingang der Stadt kann nicht das Ziel sein.

Vielen Dank und Stefan, Du entschuldigst, aber Du hast wohl am meisten verstanden, was ich sagen wollte.

St. Gubler (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung. Aus bürgerlicher Sicht nehmen wir den Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend Naturnetz Winterthur und Umgebung mit grundsätzlicher Zustimmung zur Kenntnis. Die Idee, regionale Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen besser zu koordinieren und Synergien zwischen Gemeinden, Landwirtschaft und Naturschutzorganisationen zu nutzen, ist sinnvoll und zukunftsorientiert. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass der Bericht pragmatisch bleibt: Er betont die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung der organisatorischen und finanziellen Auswirkungen eines solchen Netzwerks auf die Gemeinden. Die Einbindung bestehender Strukturen wie der RWU und die Offenheit für andere mögliche Trägerschaften sprechen für einen vernünftigen und ressourcenschonenden Ansatz.

Gerade aus bürgerlicher Perspektive ist es wichtig, dass neue Strukturen nur dort geschaffen werden, wo ein klarer Mehrwert erkennbar ist – sowohl für die Natur als auch für die Bevölkerung. Das geplante Naturnetz kann einen solchen Mehrwert bieten, wenn es auf Freiwilligkeit, Effizienz und einer guten Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren beruht.

Wir befürworten daher die Abschreibung des Postulats und unterstützen eine vertiefte Prüfung der Machbarkeit eines Naturnetzes für die Region Winterthur.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Auf meinen regelmässigen Runden rund um Winterthur, durch Felder und durch Wälder, treffe ich verschiedene Tiere: Rehe und Füchse, ich habe auch schon Eichelhäher gesehen, einen Eisvogel, eine Gemse am Hegiberg – und im letzten Sommer ist mir eine Rotte Wildschweine über den Weg gerannt. Aber den Papiertiger, den habe ich im Wald noch nie angetroffen. Ich glaube, dieser ist eher in der Stadt, in den Mauern zuhause.

Es ist wichtig, dass wir der Biodiversität Sorge tragen. Exemplarisch sehen wir im Niederfeld die Notwendigkeit einer Interessenabwägung zwischen Biodiversität und der Nahrungsmittelproduktion durch die produzierende Landwirtschaft. Dort möchte man Fruchtfolgefläche durch einen Wald ersetzen. Diese Fruchtfolgefläche will man dann in Töss dorthin legen, wo eigentlich der Kanton einen Wildtierkorridor plant. Bezuglich der Nahrungsmittelproduktion gibt es nicht nur den Schutz von Fruchtfolgefläche, sondern es gibt auch einen nationalen Auftrag. Dieser lautet, dass die Schweizer Landwirtschaft verpflichtet ist, einen wesentlichen Anteil der

Nahrungsmittelproduktion auf heimischem Boden zu erzeugen. Als grosse Landwirtschaftsgemeinde steht Winterthur auch diesbezüglich in der Pflicht. Sie muss der Nahrungsmittelproduktion durch die Landwirtschaft ihre Fläche erhalten, welche die Landwirtschaft hat.

Den Bericht zum Postulat nimmt Die Mitte/EDU-Fraktion entsprechend zustimmend zur Kenntnis. Für uns sind neben dem Anliegen der Biodiversität die folgenden zwei Punkte wichtig: Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Winterthur muss das Kostenbewusstsein auch in diesem Punkt hochgehalten werden. Es ist eigentlich nicht wirklich Geld für einen grossen Overhead vorhanden, sondern das Geld, das eingesetzt wird, soll ja effektiv der Biodiversität zugutekommen. Und der Stadtrat scheint da, auch wenn er es ein bisschen kryptisch formuliert im Postulatsbericht, auf diesem Weg zu sein. Zumindest haben wir die Umsetzung über die RWU, die da auch schon erwähnt wurde, so interpretiert.

Zweitens muss die produzierende Landwirtschaft unbedingt in die Planung und Schaffung eines Naturnetzes eingebunden werden. Insofern ist es sicher richtig und wichtig, wenn wie im Bericht dargelegt, die landwirtschaftlichen Bezirksvereine Winterthur und Andelfingen als Träger gewonnen werden können – oder zumindest eng einbezogen werden.

Wie gesagt, die Mitte/EDU-Fraktion nimmt den Bericht zum Postulat positiv zur Kenntnis und stimmt der Abschreibung zu.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Andreas. Somit haben sich die Voten aus dem Plenum erschöpft.

Bevor ich das Wort noch an Stefan Fritschi gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass irgendwo noch ein Postulat umherschwirrt und Ihr erst nach Hause dürft, wenn das unterschrieben hier vorne angekommen ist.

Somit das Wort an Stefan Fritschi.

Stadtrat St. Fritschi: Du musst mir halt sagen, wie lange ich reden muss – oder Du kannst mir ja ein Zeichen geben, wenn das Postulat zurückgekommen ist, damit ich dann aufhöre. Wir haben ja vom Papiertiger gesprochen. Und was ich dort bei der Überweisung mit dem Papiertiger gemeint habe, ist, dass wir hier eigentlich das falsche Gremium sind. Wir sind ein Parlament, das dem Stadtrat Aufträge geben und Forderungen stellen kann – aber wir sind nicht die Delegiertenversammlung der Regionalplanung Winterthur und Umgebung. Die RWU ist ein Zweckverband von 22 Gemeinden, die Mitglied sind dieses Zweckverbandes. Christa Meier ist im Vorstand dort und ich bin im Vorstand und gleichzeitig bin ich auch noch Präsident dieses Zweckverbands. Und wir vertreten dort im Vorstand die Stadt Winterthur. Wir haben auch diverse Delegierten in dieser RWU und zwei davon waren auch an der Delegiertenversammlung, nämlich Andreas Geering und Philipp Angele. Und es hat auch diverse Anwesende, die abwesend waren, weil sie nicht an die Delegiertenversammlung kommen konnten. An der letzten Delegiertenversammlung haben wir nämlich genau Hansueli Müller - wie es Kathrin Frei Glowatz gesagt hat (man könnte meinen, sie sei anwesend gewesen, aber ich habe sie nicht gesehen – oder Du hast Dich versteckt – ah, dann hast Du das virtuell mitverfolgt und die Präsentation gesehen von Hansueli Müller). Es wäre natürlich schön, wenn die Delegierten jeweils auch kämen (Du bist ja nicht Delegierte, Kathrin, aber die anderen), denn dann hätten sie 1:1 erfahren, wie uns Hansueli Müller voller Begeisterung vom Naturnetz Pfannenstil berichtet hat.

Es ist jetzt so, dass wir in der RWU im Vorstand gesagt haben – und das gebe ich offen zu: Wenn das Postulat nicht eingereicht worden wäre in den beiden Parlamentsstädten (es wurde auch im Stadtparlament Illnau-Effretikon fast wortgleich eingereicht), dann hätten wir das sicher nicht so intensiv angeschaut und würden das sicher auch nicht so intensiv anschauen nächstes Jahr, wie wir es jetzt machen werden. Wir haben also an der Delegiertenversammlung klar gesagt, dass wir uns in diesem Jahr intensiv damit auseinandersetzen. Wir überlegen uns, ob das sinnvoll für uns ist als RWU. Und da gehört natürlich nicht nur eine begeisterte Stadt Winterthur dazu, sondern da gehört natürlich auch eine Delegiertenversammlung dazu, die dem zustimmt, denn es braucht zusätzliches Budget. Und die demokratischen

Gepflogenheiten sind in diesem Zweckverband ganz klar, dass dann die Delegiertenversammlung das zusätzliche Budget sprechen muss. Also ich kann es jetzt noch nicht sagen, was wir nächstes Jahr an der Delegiertenversammlung dann beantragen, aber das Referat von Hansueli Müller – und in der Vorstandssitzung haben wir auch vom Landwirtschaftsarchitekturbüro, welches das Naturnetz Pfannenstil begleitet, der Firma Quadra, auch schon einen Fachvortrag bekommen, damit wir sehen, wie das 1:1 funktioniert im Pfannenstil. Also für uns ist das ein sehr interessantes Referenzobjekt, das wir gerne anschauen, aber ich kann hier noch nicht versprechen, was dann die Delegiertenversammlung macht. Und diejenigen, die Delegierte sind, haben dann 1:1 Einfluss, um in einem Jahr dann abzustimmen.

Also das ist der Grund, dass ich sagte, es sei ein Neozoon oder Neobiota, der Papiertiger, weil wir nicht bei uns im Stadtrat am Mittwochmorgen entscheiden können, sondern weil das ein anderes Gremium ist, eine andere Institution, die da den Beschluss fassen muss. Und sonst wird es nicht überregional, sondern dann würde es nur die Stadt Winterthur betreffen. Das ist die Erklärung zu meiner Aussage letztes Mal.

Jetzt hoffe ich, dass das Postulat eingereicht worden ist. Noch nicht? - Dann möchte ich Euch allen danken, dass Ihr vorwiegend positiv das Postulat gelesen habt. – Oh, es kommt. Dann möchte ich es nicht mehr verlängern und wünsche Euch einen schönen Abend.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke vielmals, Stefan, auch für die Unterstützung von mir. Wir müssen noch darüber abstimmen. Ich habe von niemandem gehört, er möchte das negativ zur Kenntnis nehmen. Damit würde ich beliebt machen, dass wir miteinander über die Anträge 1 und 2 abstimmen. Da müsste sich jetzt jemand melden, wenn jemand etwas dagegen hat. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung.

A = Positive Kenntnisnahme und Abschreibung, B = das Gegenteil.

Abstimmungsergebnis: Mit 53:0 bei 0 Enthaltungen ist das einstimmig positiv zur Kenntnis genommen worden und somit abgeschrieben.

Dann bleibt mir nichts mehr übrig als Euch zu danken für die letzten zwei sehr effizienten Sitzungen. Wir sind total gut vorwärtsgekommen. Ich wünsche Euch schöne Sommerferien und wir sehen uns Ende August wieder. Danke Euch.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Ph. Weber (SP)

Der 1. Vizepräsident:

S. Kocher (GLP)

Der 2. Vizepräsident:

Ph. Angele (SVP)

Abstimmungstitel **25. Dringl. Interpellation betr. Abschöpfung Grundstückgewinnsteuer durch Kanton (2025.84)**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 07.Juli.2025 16:29:06
 Abstimmungsfrage Dringlicherklärung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**14. Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.Juli.2025 16:40:40
Abstimmungsfrage AK Änderungsantrag Art. 1 Abs. 2 PVO

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**14. Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	07.Juli.2025 16:41:21
Abstimmungsfrage	AK Änderungsantrag Art. 14 Abs. 1 lit. g. PVO

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	52
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	52
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht abgestimmt
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**14. Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	07.Juli.2025 16:42:18
Abstimmungsfrage	Anträge 1 bis 5 des Antrags inkl. AK-Änderungen

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel **15. Begründung Postulat betr. Schaffung einer Wohnzone für alternative Wohnformen**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 07.Juli.2025 17:16:52
 Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	31
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel **16. Antrag und Bericht zum Postulat betr. Winterthurer Gewässer: Förderung Zugänglichkeit und biolog. Vielfalt**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 07.Juli.2025 17:36:49
 Abstimmungsfrage Kenntnisnahme Bericht

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmenden Kenntnisnahme	38
B: Ablehnende Kenntnisnahme	15
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Della Sega Christian	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Diener Reto	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Guddal Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmenden Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Nater Markus	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Praetorius Julius	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Steiner Annetta	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zundel Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmenden Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**16. Antrag und Bericht zum Postulat betr. Winterthurer Gewässer: Förderung Zugänglichkeit und biolog. Vielfalt**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	07.Juli.2025 17:37:37
Abstimmungsfrage	Abschreibung des Postulats

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablenkung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**18. Antrag und Bericht zum Postulat betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	07.Juli.2025 18:27:10
Abstimmungsfrage	Anträge 1 und 2 gemäss Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
...	Nicht anwesend
...	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	Nicht anwesend
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	Nicht anwesend
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	Nicht anwesend